Nr. 268. Halle (Saale), Dienstag, den 14. November 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Barz 42-44. Fernsprech. 1045. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Barz 42-44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 14. November 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Beiderseits der Ancre spielten sich gestern erbitterte Kämpfe ab. Durch konzentrisches Feuer schwerster Kaliber vorbereitet, erfolgten gegen unsere im Winkel nach Südwesten vorspringenden Stellungen starke englische Angriffe, bei denen es dem Gegner unter beträchtlichen Opfern gelang, uns aus Beaumont-Hamel und St. Pierre-Divilon mit den seitlichen Anschlußlinien in eine vorbereitete Riegelstellung zurückzudrücken. Zähe Verteidigung brachte auch uns erhebliche Verluste. An anderen Stellen der Angriffsfront von östlich Hebuterne bis südlich Grandecourt wurden die Engländer, wo sie eingedrungen waren, durch frische Gegenstöße unserer Infanterie hinausgeworfen. Französische Angriffe im Abschnitt von Sailly-Saillisel scheiterten.

Heeresgruppe Kronprinz. Auf dem östlichen Maasufer war die Artillerietätigkeit in den Abendstunden lebhaft; Erkundungsvorstöße der Franzosen gegen unsere Hardaumont-Linien wurden abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Keine besonderen Gefechtshandlungen.

Front des Generalobersten Erzherzog Karl. Nordöstlich von Jakobeny in den Waldkarpathen wurden russische Abteilungen aus dem Vorgelände unserer Stellungen durch Feuer vertrieben. Vor den Angriffen deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen ist im Gyergyo-Gebirge der Russe gegen die Grenze zurückgegangen; auch südlich des Tölgyes-Passes machten trotz hartnäckiger Gegenwehr Bayern und österreichisch-ungarische Bataillone Fortschritte. Beiderseits des Gita-Tales haben auch gestern kleinere Gefechte um einzelne Höhen stattgefunden. An der Südfront von Siebenbürgen dauern die Kämpfe für uns erfolgreich an. Es wurden wieder mehrere hundert Gefangene gemacht, am Roten-Turm-Paß allein sechs Offiziere und 650 Mann.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. In der Dobrudscha nichts Neues. Die bewährten österreichisch-ungarischen Monitore brachten nach Feuergefecht vom rumänischen Donau-Ufer bei Giurgiu sieben Schleppkähne, davon fünf beladene, ein.

Mazedonische Front. In der Gegend von Korca kam es erneut zu Scharmützeln unserer Seitenabteilungen mit französischer Infanterie und Kavallerie. Der Angriff der Ententetruppen in der Ebene von Monastir und nördlich der Cerna dauert an. Die Kämpfe sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Mit großem Erfolge hat auch im Monat Oktober unsere Fliegertruppe ihre vornehmlich auf dem westlichen Kriegsschauplatz schweren und vielseitigen Aufgaben erfüllt. Insbesondere gebührt den Beobachtungsfliegern der Artillerie und Infanterie Anerkennung und Dank. Ihr wirksamer Schutz war durch die Kampfflieger, die auch ihre Sonderaufgaben glänzend erfüllten, und durch das Feuer unserer Flugabwehrkanonen voll gewährleistet. Wir haben 17 Flugzeuge verloren. Unsere Gegner im Westen, Osten und auf dem Balkan büßten 104 Flugzeuge ein, davon im Luftkampf 83, durch Abschuß von der Erde 15, durch unfreiwillige Landungen hinter unseren Linien 6. — In unserem Besitz befinden sich 60 feindliche Flugzeuge, jenseits der Linien sind 44 erkennbar abgestürzt.

*

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 13. November. Oestlicher Kriegsschauplatz. Heersfront des Generaloberst Erzherzog Karl. Im Bereich von Orsova, an der Szurduk-Straße und südöstlich des Vörös-Toronty-Passes rannte der Feind vergeblich gegen unsere Truppen an. Nordwestlich von Campolung warfen österreichisch-ungarische und deutsche Abteilungen die Rumänen aus dem zäh verteidigten Orte Candesti. — Beiderseits von Soosmezö wurden mehrere rumänische Angriffe abgeschlagen. — Im Abschnitt Tölgnes erstürmten österreichisch-ungarische und deutsche Truppen den Berg Bitca Arsurilor nördlich von Hollo. — Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Nichts von Belang.

Die französischen Fliegerangriffe im Saargebiete.

Berlin, 13. Nov. (Amtlich.) In der Nacht vom 11. zum 12. November wiederholten die französischen Flugzeuge ihre Angriffe auf das Saargebiet. Diesmal gelang es nur einem kleinen Teil von ihnen, bis zur Saar vorzustoßen. In Dillingen und Umgegend wurden einige Bomben abgeworfen, von denen eine einen Pferdestall, eine andere eine Waschküche traf. Dabei wurden vier Personen schwer, zwei leicht verletzt. Getötet wurde niemand. Der Sachschaden ist gering. Verschiedene Flugzeuge belegten die Orte Busendorf und Spittel mit Bomben. Dort wurde niemand verletzt, auch entstand kein Sachschaden.

*

Weihnachtsurlaub der Kriegsteilnehmer aus Handwerk und Handel.

Die Mitteilungen des Hansa-Bundes schreiben:

Der Hansa-Bund hat an die Kriegsministerien und das Reichsmarineamt die dringende Bitte gerichtet, mit Rücksicht auf das bevorstehende Weihnachtsgeschäft und die sich daran anschließenden Bilanzarbeiten, so weit es nur immer die militärischen Erfordernisse gestatten, den zum Kriegsdienst eingezogenen Handwerkern und Kaufleuten in den nächsten Wochen in möglichst umfangreichem Maße Urlaub zu gewähren. Als erster hat der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts durch Erlaß vom 8. November dankenswerterweise nunmehr die militärischen Stellen ersucht, den Wünschen des Hansa-Bundes nachzukommen, soweit dies irgend mit den militärischen Interessen vereinbar ist.

Die amerikanischen Wahlen.

Wilsons Mehrheit. Nach einer Meldung der United Preß hat Wilson 8 563 750 und Hughes 8 162 754 Stimmen erhalten. Das Abstimmungsergebnis in New Hampshire und Minnesota ist noch zweifelhaft. Obwohl die Republikaner noch nicht zugeben wollen, daß Wilson gewählt ist, so wird doch allgemein angenommen, daß die amtliche Zählung das Ergebnis nicht mehr ändern wird.

*

Die sozialistische Wahlbeteiligung.

Wie die Stimmenzahlen im allgemeinen, so haben erfreulicherweise auch die für die sozialistischen Parteien abgegebenen Wählerstimmen gegen die früheren Wahlen zugenommen. Nach einer Meldung der Köln. Zeitung haben die Sozialisten 300 000 Stimmengewonnen und damit dieerste Million Wählerstimmen überschritten. Es ist ihnen nach diesem Blatte gelungen, ungefähr 35 Anhänger in den verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften unterzubringen.

Erscheint, mit dem Maßstabe der deutschen Parteiverhältnisse gemessen, die Zunahme der sozialistischen Wählerschaft in Amerika auch ziemlich gering, so bedeutet sie doch relativ wie absolut einen bemerkenswerten sozialistischen Wahlerfolg. Denn in keinem Lande der Welt ist der Boden für den Sozialismus so schwierig und mühsam zu bearbeiten, wie gerade in den Vereinigten Staaten, dem Lande, in dem der Kapitalismus am mächtigsten ist und die vollkommensten wirtschaftlich-kapitalistischen Organisationen besitzt. Das klingt scheinbar wie ein Widerspruch, ist es aber nicht, wenn man sich klar macht, daß auch die amerikanischen Arbeiter mehr dem Einflusse der besonderen Tradition und der von der europäischen abweichenden Entwicklung ihres Landes so stark unterliegen, daß dadurch ihr Verständnis für den Sozialismus sehr getrübt wird. Es fehlt ihnen in weit höherem Maße als der Mehrheit ihrer Klassengenossen im alten Europa die Fähigkeit der Einsicht in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und die Erkenntnis, daß sie ihre Klasseninteressen in einer selbständigen politischen Partei, in der sozialistischen Partei des Landes, verfechten müßten, um so auf diesem einzig möglichen Wege ihr Befreiungswerk anzustreben. Weil ihnen gegenwärtig in ihrer übergroßen Mehrzahl noch diese Voraussetzungen mangeln, lassen sie sich heute von der „demokratischen", morgen von der „republikanischen" Partei ins Schlepptau nehmen und vermögen nicht zu erkennen, daß das geradezu eine Selbstmordtaktik ist. Nur das Verschwinden der hemmenden traditionellen, politischen und sozialen Einflüsse, das die rasche kapitalistische Entwicklung am gründlichsten besorgt — wird auch den amerikanischen Arbeitern mehr und mehr die Augen über ihre wahre Klassenlage öffnen und sie der sozialistischen Arbeiterbewegung als klassenbewußte Kämpfer zuführen. Das letzte Wahlergebnis zeigt immerhin, daß der Sozialismus auch in Amerika im unaufhaltsamen Aufsteigen begriffen ist.

Die erste Frau im Kongreß. Der Staat Montana sendet das erste weibliche Mitglied in den Kongreß, Fräulein Rankin.

*

Radoslawow über den Frieden.

Aus Sofia wird berichtet: Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow machte in der letzten vertraulichen Versammlung der Regierungspartei bemerkenswerte Äußerungen. Er bezeichnet die Lage der Vierbundarmeen auf allen Kriegsschauplätzen als glänzend. Die Wiedererrichtung des Königreichs Polen sei als großer Schritt zum Frieden anzusehen. Die Mittelmächte bewiesen damit, daß sie die besetzten russischen Gebiete nicht behalten wollten, außerdem würden durch die Auferstehung Polens die künftige Anbahnung guter Beziehungen zu Rußland und die Friedensverhandlungen selbst wesentlich erleichtert. Radoslawow deutete endlich an, daß der Friede nicht als Ergebnis langwieriger Verhandlungen kommen, sondern wahrscheinlich auf dem Schlachtfelde unterzeichnet werden wird.

Englischer Kriegspöbel sprengt eine Friedensversammlung.

London, 13. November. In Cardiff wurde eine politische Versammlung abgehalten, bei der Winston, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes von Südwales, präsidierte. Eine Menge von Friedensgegnern in Stärke von 10 000 Mann drang unter Führung des Arbeiterführers (!) Tupper und des Abgeordneten Stanton trotz des Widerstandes der Polizei in die Versammlung ein. Ramsey Macdonald zog sich zurück, aber Winston und der Abgeordnete Thomas blieben, um sich mit den Eindringlingen auseinanderzusetzen, indessen wurden die Redner durch Geschrei übertönt. Thomas wurde von der Tribüne verdrängt und aus dem Saal geworfen.

Rotterdam, 12. November. Der Nieuwe Rott. Cour. meldet aus London, daß die Vereinigung zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit morgen im Unterhause wegen der Sprengung der pazifistischen Versammlung in Cardiff am Sonnabend eine Anfrage an die Regierung richten wolle. — Der Manchester Guardian verurteilt die Sprengung der Versammlung aufs tiefste.

Holländische Blätter melden aus England: Die neu auftauchenden Friedenswünsche im englischen Volke stehen in einem scharfen Gegensatze zu den Aeußerungen der Minister, den Krieg fortzusetzen. Der englische Arbeiterführer Snowden sagte darüber in einer Versammlung: „Die Minister müssen zur Vernunft gezwungen werden."

*

Verfolgung englischer Sozialisten. Brotway, der Herausgeber des sozialistischen Labour Leader, und Walter Ayles, der Abgeordnete der Arbeiterpartei für Eastbristol sind am Sonnabendnachmittag verhaftet worden, als sie unterwegs waren, um in einer Versammlung der schottischen Abteilung des Anti-Wehrpflichtbundes eine Rede zu halten. Als Grund der Verhaftung wurde angegeben, daß die beiden Männer, die im militärischen Alter stehen, einer militärischen Uebung ferngeblieben seien. (?) Beide bleiben ohne vorläufige Gerichtsverhandlung in Haft.

Zivildienstpflicht.

Militarisierung des gesamten Wirtschaftslebens und Schaffens.

Was wir gestern als Möglichkeit andeuteten, wird heute als unmittelbar bevorstehende Tatsache angekündigt.

Der Bundesrat wird sich in den nächsten Tagen mit einer Vorlage beschäftigen, die in Anlehnung an den Gedanken der militärischen Dienstpflicht eine

Verpflichtung zur Arbeit in öffentlichen Diensten

für alle diejenigen festgesetzt werden soll, die nicht schon auf Grund der Wehrpflicht zu solchen Dienstleistungen herangezogen werden können.

Nach Blättermeldungen soll das Gesetz nur die männliche Bevölkerung treffen. Zugleich wird gemeldet, daß eine Erhöhung der Altersstufe für die Wehrpflicht nicht in Aussicht genommen ist.

Sobald sich der Bundesrat über die Vorlage schlüssig gemacht hat, soll der Reichstag wieder einberufen werden. Das kann vielleicht schon in acht bis vierzehn Tagen geschehen.

Gegen diese Art, das Gesetz vorzubereiten, muß wieder entschieden Einspruch erhoben werden. Es scheint wieder überstürzt zu werden. Auf alle Fälle muß zwischen die Veröffentlichung der Vorlage und die Einberufung des Reichstags eine angemessene Pause gelegt werden, damit der Presse Gelegenheit gegeben wird, sich ausführlich dazu zu äußern und auch die verschiedenen wirtschaftlichen Verbände, vor allem die Gewerkschaften, Stellung nehmen können. Eine Sache von so gewaltiger Tragweite muß gründlich erwogen werden, bevor das Volk wieder vor eine vollendete Tatsache gestellt wird.

Was zur Vorlage grundsätzlich zu sagen ist, haben wir gestern schon angedeutet. Man muß unterscheiden zwischen dem Arbeitszwang für Nichtarbeiter und dem Arbeitszwang für Arbeiter. Der erste ist, solange er sich in humanen Formen hält, gerecht und verständig, der zweite ist ein Widerspruch in sich selbst. Der Arbeitszwang für Arbeiter bedeutet ungefähr ebensoviel wie der gesetzliche Schwimmzwang für Fische.

Es soll sich aber, wie aus den bisher gemachten Andeutungen hervorgeht, nicht um einen Zwang zur Arbeit überhaupt, sondern um einen Zwang zu bestimmter Arbeit handeln. Und das bedeutet grundsätzlich den vollständigen

Umsturz der Wirtschaftsordnung.

Es bedeutet eine bedenklich schnelle Entwicklung zu einem Ziel, das die Sozialdemokratie nie verfolgt hat, das ihr aber von ihren Gegnern immer wieder angedichtet wurde, zum „sozialistischen Zuchthausstaat".

Um die Sache auf eine kurze Formel zu bringen: Wir fordern möglichst viel Sozialismus und möglichst wenig Zuchthaus!

Sozialismus ist planmäßige Zusammenfassung aller Volkskräfte zu einem gemeinsamen wirtschaftlichen Ziel und im Interesse des Volkes selbst. Eine bessere Organisation der Kriegswirtschaft liegt im Interesse der Gesamtheit, sie soll und muß erreicht werden ohne Versklavung der arbeitenden Bevölkerung, ohne Verschlechterung ihrer durch die Ernährungsschwierigkeiten ohnehin schon gedrückten Lebenshaltung.

Nichts wäre verfehlter als derbes Zugreifen in rein militärischem Geiste. Das Wirtschaftsleben läßt sich wohl sozialisieren, nicht um militarisieren. So wenig ein Unteroffizier den Kartoffeln befehlen kann, daß sie wachsen sollen, so wenig läßt sich durch Anwendung militärischer Disziplin der industrielle Produktionsprozeß regulieren. Es heißt also mit Klugheit vorgegangen werden und ohne Härte.

Je weiter der Spielraum ist, den man dabei den Gewerkschaften überläßt, desto besser wird es sein. Das hieße dann Organisierung der Produktion durch die Selbstverwaltung der Arbeiter. Man nehme an, es handle sich darum, für den Ort X. eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften zu schaffen, die dort unbedingt notwendig sind. Dann möge man zunächst mit der Gewerkschaft über die zu bietenden Arbeitsbedingungen unterhandeln und es dann ihr überlassen, die notwendigen Arbeiter zu beschaffen. Erst wenn sich nicht genügend freiwillige Kräfte melden, sollte die Organisation — ähnlich wie das bei Streiks geschieht — diejenigen bestimmen, die die freien Stellen übernehmen sollen.

Voraussetzung für eine solche Lösung des Problems, die wir als die ideale bezeichnen möchten, wäre der Anschluß aller Arbeiter an die Organe ihrer Selbstverwaltung, also die Organisationspflicht.

Ein Wechsel des Arbeitsorts ist natürlich in erster Linie nur Ledigen zuzumuten. Bei Verheirateten muß — wenn man sie nicht entbehren kann — für die Familie in angemessener Weise gesorgt werden.

Auf alle Fälle muß das Recht des Arbeiters auf die Wahl seines Arbeitsplatzes mit gewissen Garantien umgeben werden, so daß der Arbeiter, wenn ihm ein Wechsel zugemutet wird, ein Schiedsgericht anrufen kann. Das Schiedsgericht müßte dem Einspruch des Arbeiters Folge geben, wenn mit dem Wechsel eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für ihn oder seine Familie verbunden wären oder wenn sonstige schwer-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219161114-15/fragment/page=0001

wiegende Umstände den Widerspruch des Arbeiters als gerechtfertigt erscheinen lassen.

Mit der Erfüllung dieser Bedingungen wären noch nicht alle Bedenken gegen den geplanten Gesetzentwurf beseitigt. Ein endgültiges Urteil über ihn wird sich erst abgeben lassen, wenn er vorliegt, und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm wird davon abhängen, in welcher Gestalt er aus den Beratungen herauskommt. Hoffentlich werden die Regierung und die bürgerlichen Parteien einsehen, daß hier alles auf die Stellungnahme der Arbeitervertreter ankommt. Gegen sie darf ein solches Gesetz nicht gemacht werden!

•

Neuere Meldungen und Pressebeurteilungen bestätigen, daß man über die Ausführungen des großen Planes noch nicht zu feststehenden Einzelheiten gelangt ist. Eine Mitteilung lautet: Zwang im eigentlichen Sinne soll nicht geübt, sondern so viel als möglich freiwillige Leistungen gefordert werden, unter voller Schonung der Produktion. Das Einkommen der Arbeiter irgendwie zu schmälern, sei nirgends beabsichtigt. Die Heranziehung der Frauen für die Industrie, d. h. als Ersatz für die zum Kriegsdienst einberufenen männlichen Arbeiter, ist bestimmt geplant. Bei allen Fragen sollen auch Vertreter der Arbeiterschaft gehört werden. Usw., usw.

•

Der „Abbau" der Zensur wird wieder angekündigt. Er soll zugleich mit der Verwirklichung der Militarisierung des gesamten Lebens und Schaffens erfolgen, jedoch nicht als „Belohnung" für Wohlverhalten der Presse. Die Kriegszielbesprechung soll freigegeben werden, so heißt es weiter. Was daran Wahres ist, bleibt abzuwarten. Wir vermögen auf Grund aller Anzeichen und Tatsachen nicht daran zu glauben, halten auch grundsätzlich den „Abbau" für sinnwidrig, sondern fordern die klare Beseitigung der Zensur und uneingeschränkte Wiederherstellung des freien Wortes. Zur Stellungnahme gegenüber diesen gewaltigen Plänen der Militarisierung des gesamten Wirtschaftslebens ist dies doppelt erforderlich. Das arbeitende Volk hat ein Lebensinteresse daran, daß es sich zur militärischen Organisierung der Arbeit frei äußern kann.

Das Kriegsamt.

Im Vordergrunde der inneren Politik steht zurzeit die Einführung der allgemeinen Zivildienstpflicht in Deutschland. Von Interesse ist daher ein Vortrag, der am Mittwoch der Chef des neugeschaffenen Kriegsamts, General Gröner, vor Pressevertretern über die Aufgaben des Kriegsamts und insbesondere über die Zivildienstpflicht hielt.

Einleitend bemerkte der Vortragende, das Kriegsamt sei eines der umfangreichsten Reichsämter, das außerordentlich schwierige Fragen zu lösen habe. Es handele sich beim Kriegsamt um die Versorgung des Feldheeres mit Munition und Waffen. Allgemein bekannt sei, welche ungeheuren Anstrengungen England auf diesem Gebiete gemacht und mit welcher Energie es sich auf die Herstellung von Waffen und Munition geworfen habe. Wenn es gelungen sei, die Absicht der Engländer und Franzosen zu durchkreuzen und den Durchbruch zu verhindern, so sei dies zunächst der über alles Lob erhabenen glänzenden Tapferkeit unserer Soldaten zu danken. Darüber hinaus mahne aber die Zukunft, die Beschaffung von Waffen und Munition zu organisieren. Dies sei in allererster Linie eine Frage der Organisierung der Arbeitskräfte. Die Rohstoffe seien bei der Sparsamkeit, um die sich die Rohstoffabteilung große Verdienste erworben habe, vorhanden; aber die Menschen müßten noch mobil gemacht werden. Die Mobilmachung der Arbeitskräfte hänge aber mit dem Heeresersatz in vielfacher Beziehung zusammen. Es könne nicht mehr die Tätigkeit in der Heimat von der Tätigkeit im Felde getrennt werden. Heeres- und Heimarbeit müßten zusammengeschweißt werden. Die Bedeutung dieser Beziehungen sei von Lloyd George schon sehr früh erkannt worden.

Die Aufgabe des Kriegsamts stelle sich sonach dar als die Organisation der gesamten Kriegsarbeit, wobei der Begriff Kriegsarbeit so weit zu fassen sei, daß auch der Ersatz für das Feldheer mit einbegriffen ist, also die Verbindung aller Menschen, sowohl im bunten wie im grauen und im Zivilrock. Daher seien auch alle Stellen des Kriegsministeriums und die sonstigen Stellen, die mit dieser Kriegsarbeit bisher zu tun hatten und noch zu tun haben, zusammengefaßt worden in einer gewaltigen Organisation, dem Kriegsamt.

Mancher habe dieses Amt zunächst als eine rein militärische Behörde angesehen. Doch es habe Aufgabe, wie sie bisher keine deutsche Behörde gehabt habe; daher müsse das Amt in seiner Struktur auch etwas Neues werden, sonst könne es seine Aufgabe nicht erfüllen. Ihm, dem Redner, stehe als Chef des Kriegsamts zunächst ein militärischer Chef des Stabes zur Seite, der wieder verschiedene Gruppen unter sich habe. Dieser militärische Stab werde nach Bedürfnis weiter ausgedehnt. Dem militärischen Chef des Stabes sei ein technischer Chef des Stabes gleichgestellt; dieser sei aber kein Offizier, sondern ein Ingenieur: Dr. Kurt Sorge aus Magdeburg, der Direktor des Gruson-Werkes. Dieser technische Stab habe unmittelbar unter sich ebenfalls verschiedene Gruppen, die eingeteilt sind nach den verschiedensten Industriezweigen: Bergwerk, Hütten, Eisen- und Stahl, Chemie, Pulverfabrikation, Landwirtschaft, Arbeiterfragen. Diese beiden Stabschefs mit ihren Gruppen stehen dem Chef des Kriegsamts also unmittelbar zur Seite, als dessen Berater.

Zur Gliederung des Kriegsamts nach unten sei bemerkt: Mit dem bisherigen Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt ist die bisherige Feldzeugmeisterei, die außerhalb des Kriegsministeriums stand, verschmolzen worden, ebenso die Fabrikabteilung. Das Kriegsarbeits- und Ersatzamt besteht aus den bisherigen Abteilungen für das Ersatzwesen, die dem Kriegsministerium unterstanden. Weiter ist dem Kriegsamt unterstellt worden, die bisherige Kriegsrohstoffabteilung, ferner die Abteilung für Ein- und Ausfuhr und schließlich die Abteilung für volkswirtschaftliche Fragen. Verhandlungen schweben noch darüber, ob auch noch andere Stellen dem Kriegsamt unterstellt werden sollen.

Das Kriegsarbeitsamt soll je nach dem Bedürfnis ausgebaut und umgestaltet werden. Vorläufig sei es in folgender Form gedacht: Dem Chef dieses Amtes unterstehen zunächst die Gruppen, die sich mit organisatorischen und allgemeinen Arbeiterfragen beschäftigen. Ferner die Gruppen, die die technischen Dinge unter sich haben. Eine Trennung der Arbeiterbeschaffung und der technischen Methoden sei nicht möglich. Sowohl die Arbeiterbeschaffung wie die technischen Methoden sollen nach den einzelnen Industriezweigen beraten werden, für die besondere Referenten bestimmt werden. Die Referate unterstehen ebenfalls Technikern, nicht Offizieren. Es bestehe auch die Absicht, einen Arbeitnehmer als Mitarbeiter auf allen Gebieten der Arbeiterfragen, insbesondere der allgemeinen Arbeiterfragen, in dieses Kriegsarbeitsamt hineinzunehmen, so daß auch die Interessen der Arbeitnehmer im vollsten Maße zum Ausdruck gebracht werden könnten. Dies sei etwas Neues, bei einer militärischen Behörde. Doch wir stehen im Kriege, und da dürfe es nicht mehr heißen: hie Militär, hie Zivil, hie Arbeiter und hie Unternehmer.

Das ganze Kriegsamt sei als eine große Firma gedacht und organisiert, die den Zweck hat, die höchste Produktion herauszuholen. Wie eine große Firma, so habe auch das Kriegsamt seine Vertretungen, und zwar bei allen Generalkommandos, insbesondere im Rheinland-Westfalen, um die Verbindung mit der Industrie herzustellen. Vertreter des Kriegsamts werden auch dafür zu sorgen haben, daß die Produktion in der Industrie gesteigert wird, ferner sollen sie die Arbeitsmethoden überwachen und studieren. Es sollen auch die Dezernenten der technischen Hochschulen herangezogen werden. Mit den Kultusminister sei hierüber bereits eine Verständigung herbeigeführt worden. Diejenigen Studierenden, die in ein Werk eintreten wollen, werden beurlaubt, und deren praktische Tätigkeit in der Industrie soll ihnen als Studienzeit angerechnet werden.

Aufgabe des Kriegsamts ist also: die Arbeitskraft des deutschen Volkes mobil zu machen. Die bisherige Mobilmachung des Heeres und der Industrie genüge nicht mehr. Der ganze Krieg werde mehr zu einer Arbeiterfrage. Was helfe es, wenn unsere tapferen Truppen draußen standhalten und dort verbluten, wenn aber in der Heimat nicht alles daran gesetzt wird, das Feldheer zu stützen? Als diese Stütze müsse die heimatliche Armee im weitesten Maße mobil gemacht werden. Um die richtige Form hierfür zu finden, schweben noch die Verhandlungen. Der Bundesrat habe hierfür zunächst zu entscheiden. Es handle sich jetzt also um die Frage, wie die Arbeitskräfte aus dem Volke herausgeholt werden können. Selbstverständlich werde hierbei in erster Linie mit der Freiwilligkeit gerechnet, insbesondere mit den Kräften der Frauen. Das genüge aber noch nicht, und man werde daher auch nicht um

die Festlegung der Arbeitspflicht

herumkommen. Welche Formen diese Arbeitspflicht annehmen werde, könne noch nicht gesagt werden. Die Maßnahmen würden getroffen im Interesse einer siegreichen Beendigung des Krieges, nicht in dem Sinne, daß wir unsere Feinde niederschlagen und vernichten wollen, sondern in dem Sinne, daß wir die Existenz unseres Volkes, aller Berufskreise und nicht zuletzt die Existenz unserer Arbeiter, die Zukunft unseres Volkes sicherstellen müssen. — So äußerte sich der Leiter des Kriegsamtes.

Polens Verwaltung.

Die Bildung eines Staatsrats und eines Vereinigten Landtags im Königreich Polen.

Aus Warschau wird amtlich gemeldet: Der Generalgouverneur hat eine Verordnung erlassen, die die Bildung eines aus Wahlen hervorgehenden Staatsrates im Königreich Polen anbahnt. Im Generalgouvernement Warschau finden die Wahlen zum Staatsrat in folgender Weise statt: In den ländlichen Bezirken wählen die Kreistage, in den Stadtkreisen Warschau und Lodz die städtischen Körperschaften insgesamt 70 Abgeordnete. Diese Abgeordneten wählen ihrerseits nach den Grundsätzen der Verhältniswahl acht Mitglieder des Staatsrats, vier weitere Mitglieder werden von dem Herrn Generalgouverneur ernannt werden, der auch den Vorsitz übernimmt. Der Staatsrat berät die ihm vorgelegten Gesetzentwürfe, hat das Recht von Initiativantragen und bereitet die Beschlüsse des Landtags vor. Dem Landtag können ebenfalls Gesetzentwürfe und sonst für das Land wichtige Fragen zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Ihm steht ein Steuer- und Anleiherecht zu. Damit er schon von vornherein bestimmte Aufgaben hat, ist ihm die Beschlußfassung über den in der Kreisordnung vorgesehenen Dotationsfonds, über einen Landesmeliorationsfonds und über einen Fonds zum Aufbau der zerstörten Ortschaften übertragen. Die Verhandlungen des Staatsrats und Landtages, an denen der Verwaltungschef als Kommissar der Regierung teilnimmt, werden in polnischer Sprache geführt. Es soll damit ein erster Schritt zur Vorbereitung einer polnischen Staatsverwaltung getan werden. Da die Durchführung der Wahlen und die erforderlichen Vereinbarungen mit dem österreichischen Generalgouvernement in Lublin noch längere Zeit in Anspruch nehmen, soll so bald als möglich im Einvernehmen mit den österreich-ungarischen Behörden ein provisorischer Staatsrat für das Königreich Polen berufen werden.

Politische Uebersicht.

Die Reichstagsnachwahl in Köln-Stadt.

Aus Köln wird uns geschrieben: Als Wahltermin für die Reichstagsnachwahl in Köln-Stadt, die durch den Tod des Genossen Hörichter erforderlich geworden ist, wurde vom Kölner Regierungspräsidenten der 5. Januar 1917 bestimmt. Es ist noch keineswegs sicher, daß sich die Ersatzwahl unter dem Zeichen des Burgfriedens vollziehen wird; das Zentrum scheint Lust zu verspüren, den Kreis, den es 1912 in der Stichwahl mit 22 411 gegen 26 635 sozialdemokratische Stimmen zum ersten Male verlor, der Sozialdemokratie wieder abzunehmen oder wenigstens einen solchen Versuch zu machen, da es den Verlust von Köln schmerzlicher empfand als irgendeinen anderen. Dieser Tage berichtete die Unabhängige Nationalkorrespondenz, daß das Zentrum in entsprechende Erwägungen eingetreten sei; man müsse einstweilen dieses Vorhaben begrüßen, zumal die Sozialdemokratie in Oschatz-Grimma den Burgfrieden gebrochen und einen kriegskreditverweigernden Genossen aufgestellt habe. Diese könne die gleiche Rücksicht nun auch nicht von den bürgerlichen Parteien verlangen, und in Köln böte sich Gelegenheit, vor dem Auslande durch eine sozialdemokratische Niederlage den energischen Siegeswillen der deutschen Wählermassen zu bekunden. ..." Die Entscheidung läge in nationalliberalen Händen, und wie die letztere Partei diesmal stimmen würde, könne nicht zweifelhaft sein. — Auf diese Anzapfung antwortet die Köln. Ztg., daß sie die freudige Stimmung über die angebliche Absicht der Kölner Zentrumspartei nicht teilen könne; dann aber sei der sozialdemokratische Kandidat in Oschatz-Grimma ein Anhänger der Arbeitsgemeinschaft: „Ganz anders liegen die Verhältnisse in Köln, wo sich das Zentrum, das bisher stets den Burgfrieden beobachtet hat, einer Sozialdemokratie gegenüberfindet, die im Kriege die politische Gemeinschaft nicht verleugnet hat." Es werde davon abhängen, welchen Kandidaten die Sozialdemokratie als Nachfolger Hörichters benennen werde; jedenfalls ist dringend zu wünschen, daß uns in Köln im dritten Kriegsjahre ein Reichstagswahlkampf mit seinen, die innere Eintracht störenden Erscheinungen erspart bleibe.

Zunächst liegt eine offizielle Entschließung des Zentrums, sich zu beteiligen, noch nicht vor. Die Begründung dürfte ihm schwer fallen; denn die Sozialdemokratie war, von allem andern abgesehen, im Gegensatz zu Oschatz-Grimma in Köln schon bei der Hauptwahl mit 1500 Stimmen in der Mehrheit. Dann aber ist nach den bisherigen Kundgebungen der Kölner Genossen als sicher anzunehmen, daß sie einen Anhänger der Parteimehrheit zum Kandidaten bestimmen werden, so daß das Zentrum hier keinen Vorwand hätte. Sollte es sich aber trotzdem für den Bruch des Burgfriedens entscheiden, so ist die Kölner Sozialdemokratie auch für diesen Fall gerüstet, um die Zentrumshoffnungen zunichte zu machen. Mehr als zwei Jahre Krieg haben eine sehr umfassende politische Erziehungsarbeit geleistet, die unsere Wahlarbeit von vornherein begünstigen dürfte. — mag das Zentrum freilich auch seine Hoffnungen darauf setzen, daß die sozialdemokratischen Wähler meist jüngeren Jahrgängen angehören, die überwiegend im Felde stehen.

•

Nationalliberale für Konservative.

Zur Reichstagsersatzwahl in Oschatz-Grimma fordert der nationalliberale Deutsche Kurier die Nationalliberalen des Kreises auf, für den konservativen Kandidaten Dr. Wildgrube geschlossen zu stimmen, da der der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angehörige Kandidat Lipinski Kreditverweigerer sei. Auch die Nationalliberalen des Kreises nähmen dieselbe Stellung ein.

So zeigt sich wieder, daß das „Freiheitsehnen" der Nationalliberalen bei den — Konservativen endet. Gegenüber der Sozialdemokratie ist man sich nach wie vor einig.

Verdoppelung der russischen Polizei.

Laut Meldungen russischer Blätter ist auf der letzten Ministerkonferenz das vom Ministerium des Innern ausgehendem und dem Ministerrate zur Erörterung unterbreitete Projekt wegen Vergrößerung der Polizei in 50 Gouvernements des russischen Reiches und Hebung ihrer materiellen Lage unter einigen Veränderungen im Prinzip angenommen und gebilligt worden. Rußkija Wjedomosti sagt zu diesem Plane: „Die Ausgaben des Staates für polizeiliche Zwecke vergrößern sich bei uns mit einem Male um mehr als das Doppelte. Und wenn man hinzufügt, daß die Ausgabe des Staates für Post, Telegraph und Telephon zusammengenommen laut der Etatberechnung des laufenden Jahres nur ein Viertel der Polizeikosten ausmachen, oder wenn für Bildungs- und kulturelle Zwecke aus den Staatsmitteln im laufenden Jahre nur unwesentlich mehr ausgeworfen ist als für die Polizei, so wird die Antwort auf die Frage, „was uns am meisten tut?", klar vor aller Augen stehen."

Der Grund für diese Polizeivermehrung? Man will sich ein noch zuverlässigeres und gewaltätigeres Machtinstrument schaffen, um das Volk niederzuknebeln, wenn es etwa nach Friedensschluß Rechte fordern sollte!

Aus der Partei.

Vom Kampfe um den Vorwärts.

Der „Verlag" des Vorwärts hat aus „geschäftlichen" Gründen ein weiteres Redaktionsmitglied entlassen. Genosse Ernst Daumig (bis 1909 an unserem Volksblatt) war einige Tage abwesend, als die Entlassung der Redakteure Leid, Stadthagen und Ströbel erfolgte. Er schrieb an den Parteivorstand, daß auch er die Beschlüsse der Berliner Organisation beachte und gegen das Gewaltargument Hermann Müllers Einspruch erhebe. Darauf wurde ihm die Entlassung ins Haus geschickt und ihm das weitere Betreten der Redaktionsräume untersagt. Der Geschäftsführer Richard Fischer hatte am Sonnabend auch die Zimmer der anderen Redakteure abschließen lassen und die Schlüssel versteckt. Es gelang jedoch den Redakteuren, durch Mitwirkung der Berliner Genossen die Türen auf natürlichem Wege zu öffnen. Die gesamten eingehenden Postsachen beschlagnahmt Fischer und handhabt sie zunächst dem Parteivorstands-Chef des Vorwärts, Herrn Müller, aus. Die zurzeit allein noch vorhandenen Redakteure des Vorwärts, John und Wilepp, haben sich dem Schreiben ihres Kollegen Daumig angeschlossen, so daß sie sicher auch heute schon entlassen sind. Hermann Müller zeichnet bereits als „Verantwortlicher". Ihm bleibt nach der Feuilletonredakteur Döscher, der jedoch mit Fischer durch dick und dünn geht. Die Preßkommission hatte jede Reklamation grundsätzlich abgelehnt, also auch Döschers, darauf hat ihn Richard Fischer als Geschäftsführer selbständig reklamiert. Nun wirkt er mit Müller zusammen

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. November 1916.

Stadtverordnetenversammlung.

Ein ganz ungewöhnlicher Zusammenstoß war das auffällige Kennzeichen der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten. Ein bürgerlicher Stadtverordneter — und noch dazu ein Erstklassler — übte scharfe Kritik an der Verwaltung des Elektrizitätswerkes, für das 465 000 Mk. zur Anschaffung einer neuen Dampfturbine gefordert wurden. Wohl war man in der Versammlung schon im voraus auf eine Auseinandersetzung gefaßt, daß die Sitzung aber eine so scharfe sachliche Kritik an der Vorlage bringen würde, konnte man nach ihrem friedlichgemütlichen Anfange kaum erwarten. Eine ganze Reihe von Vorlagen wurde nämlich zunächst völlig debattelos erledigt. Es sei deshalb, bevor auf die Hauptverhandlungspunkte eingegangen wird, der Inhalt der vorangehenden

kleineren Vorlagen

hier kurz zusammengefaßt wiedergegeben:

Der Magistrat hatte beantragt, die alljährliche **Neuwahl des künstlerischen Beirats** vorzunehmen. Zurzeit gehören ihm an Baumeister Giese, Stadtbaurat Zoll, akad. Bildhauer Reiling, Kaufmann Ritter und Baumeister Wolff. Die Herren wurden wiedergewählt. — Der verstorbene Rentner Knabe war Mitglied der Kämmerei-Deputation. Der Magistrat beantragt, die erforderliche Ersatzwahl vorzunehmen, die auf Stadtv. Stecker fiel.

Die bisherige **elektrische Schrankfsicherungsanlage für die Stadthauptkasse und Steuerkasse** hat sich nicht immer als zuverlässig erwiesen, insbesondere haben Störungen des Betriebes nach dem Ablesen des Schöpfers der Anlage, Stadtuhrmachers May, großen Zeitaufwand erfordert oder überhaupt die Ursachen der Störungen nicht festgestellt werden können. — Eine neue, von der Firma May empfohlene Schrankfsicherungsanlage ist nach dem Urteil des Hochbauamts und des Elektrizitätswerks zweckdienlich. Sie erfordert laut Anschlag einen Kostenaufwand von 1100 Mk. Demgegenüber werden sich die bisherigen Betriebskosten von jährlich 400 Mk. auf 150 Mk. ermäßigen, so daß das Anlagekapital in längstens fünf Jahren durch diese Ersparnisse gedeckt ist. Es wurde beschlossen, die Schrankfsicherungsanlage nach dem vorgeschlagenen neuen System einrichten zu lassen.

Weiter wurde beschlossen, das Grundstück **Weingärten Nr. 5 zum Preise von 1500 Mk. anzukaufen.** Von dem Grundstück entfällt mehr als ein Drittel zur Straße Weingärten. Der Rest kann durch Hinzunahme einer Fläche von dem dahinterliegenden Spielplatz auf bebauungsfähige Größe gebracht werden. Die Grundverwerbsdeputation hatte den Ankauf des Grundstücks empfohlen, da der Kaufpreis von 4500 Mk. noch um etwas hinter ihrer Schätzung zurückbleibt. Bei der Beratung wurde mitgeteilt, daß für den Abbruch des verfallenden verkehrsstörenden Hauses Weingärten Nr. 10 bereits Mittel im nächsten Haushaltsplan vorgesehen sind.

Der Magistrat hatte einen Antrag vorgelegt, an Herrn Max Beyer unter Anerkennung seiner Ersatzansprüche 1051,04 Mark nebst Zinsen seit 1. Juli 1908 zu zahlen. In der Begründung heißt es: Die Beschlagnahme ist auf der Strecke Rudolf-Hamm-Straße — Bernhardstraße auf Grund des Vertrages mit dem Rittergutsbesitzer Max Beyer vom 16. November 1905 ausgebaut und für diesen Ausbau vorbezeichnete Strecke als Einheit festgesetzt worden. Herr Beyer hatte die Ausbaukosten bis zur Einziehung durch die Stadt zu verzinsen. Als er später nach dem städtischen Erwerb des Laueschen Grundstücks hohe Freilegungskosten im nördlichen Teile der Beschlagnahme mitragen sollte und ihm Bauschwierigkeiten für eins seiner Grundstücke gemacht wurden, klagte der Grundbesitzer, und da die Stadt verurteilt wurde, mußte jetzt bezahlt werden.

Ein Mitbürger, der nicht genannt sein will, hat der Stadtgemeinde Halle 4prozentige Preußische Schatzanweisungen von 1914 übereignet, und zwar im Betrage von

a) **100 000 Mk.** mit der Bestimmung, daß die **Zinsen zugunsten bedürftiger Hinterbliebener** der im gegenwärtigen Kriege gefallenen, in Halle wohnhaft gewesenen Krieger verwandt werden. Die Verteilung soll durch den Magistrat bzw. die von ihm hiermit betrauten Organe erfolgen. Unter den Hinterbliebenen sind zu verstehen Kriegerwitwen und -waisen, sowie solche Verwandten, zu deren Lebensunterhalt der Gefallene wesentlich beigetragen hatte. Uneheliche Kinder sind den Kriegerwaisen gleichzustellen, sofern die Abstammung von dem Gefallenen nachgewiesen ist. Für die Zeit, in welcher derartige Hilfsbedürftige nicht mehr oder in Anbetracht der Höhe der Zinsenerträge nicht in entsprechender Zahl vorhanden sein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219161114-15/fragment/page=0002

werden, ist der Magistrat befugt, die Zinsen ganz bzw. im verhältnismäßigen Betrage zu anderen wohltätigen Zwecken nach seinem Ermessen, jedoch nicht zur Erleichterung der städtischen Armen- oder Steuerlasten, zu verwenden.

b) 50 000 Mk. mit der Bestimmung, daß Kapital und Zinsen für Zwecke der Kunstsammlungen der Stadtgemeinde Halle nach dem Ermessen des Magistrats verwandt werden. Zu diesen Zwecken zählt auch die Herstellung von Bauten zur Aufnahme einer einzelnen Kunstsammlung oder sämtlicher Kunstschätze der Stadtgemeinde Halle.

Der Zweck der Stiftungen wurde dankbar anerkannt und beschlossen, die Zuwendungen des Wohltäters namens der Stadtgemeinde anzunehmen.

Der Geheime Kommerzienrat Riedel hat der städtischen Armenverwaltung zu Halle zur Gewährung außerordentlicher Unterstützungen, namentlich an schwindsüchtige und krebskranke Personen, 10 000 Mk., und der Stadtgemeinde Halle für Museumszwecke 10 000 Mk. als Vermächtnisse ausgesetzt. — Es wurde beschlossen, auch diese beiden Zuwendungen namens der Stadtgemeinde Halle dankend anzunehmen.

Schließlich wurde noch beschlossen, wie im Vorjahr als Weihnachtsspende aus dem Kriegsfonds 3000 Mk. für das Füsilier-Regiment Nr. 36 und 2000 Mk. für das Feld-Artillerie-Regiment Nr. 75 und deren Abzweigungen zu bewilligen und 1000 Mark zur Verfügung zu stellen zur Verteilung auf Antrag an solche Truppenteile, in welchen Hallenser stehen, und zwar im angemessenen Verhältnis.

Eine Anzahl weitere Vorlagen waren ohne öffentliche Bedeutung und die noch zur Verhandlung stehende städtische Zinszahlungsstelle die Kriegshilfskasse für Gewerbetreibende wurde in die geschlossene Sitzung verlegt.

Von den beiden wesentlichen Vorlagen des Tages, die lebhafte Auseinandersetzungen mit sich brachten, stand zunächst zur Beratung die schon eingangs erwähnte beabsichtigte

Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes

durch Aufstellung einer zweiten Dampfturbine. Das Auffällige an der Vorlage ist, daß der Magistrat die teure neue Maschine schon vor Wochen auf eigene Verantwortung bestellt hat und jetzt erst um nachträgliche Genehmigung dieses Schrittes bei den Stadtverordneten nachsucht. Als Begründung für diesen außergewöhnlichen Schritt sagt der Magistrat nun aber die dringende Notwendigkeit der Beschaffung der Dampfturbine in seiner langen Vorlage u. a. folgendes:

Der Beschaffung von Treiböl für Dieselmotoren stellen sich in letzter Zeit immer mehr Schwierigkeiten entgegen. Teeröl ist schon lange nicht mehr erhältlich, aber auch Paraffinöl ist nur noch in geringer Menge zu haben. Für das laufende Jahr haben wir uns immerhin noch 225 Tonnen davon sichern können, eine Menge, die zusammen mit älteren Vorräten gestattet, um den Betrieb des Elektrizitätswerkes, wenn nicht ganz außergewöhnliche Schwierigkeiten eintreten, für das laufende Jahr noch sicherzustellen. Eine andere Frage ist, ob für das nächste Betriebsjahr wieder auf eine entsprechende stärkere Zufuhr gerechnet werden kann.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhange die Tatsache, daß die Dieselmotoren-Besitzer vor einiger Zeit nachdrücklich auf die Verwendung von Benzol als Treibmittel hingewiesen worden sind. Die Knappheit an Treiböl wird sich voraussichtlich auch noch geraume Zeit nach Friedensschluß bemerkbar machen. Wir werden uns also notgedrungen für den Betrieb mit Benzol durch Maschinenänderungen einrichten müssen, wenn nicht eine andere Lösung Anklang finden sollte, die darin besteht, die Dampfanlage des Elektrizitätswerkes unverzüglich so zu vergrößern, daß die Dieselmotoren in den nächsten Jahren nur stundenweise im Betrieb genommen zu werden brauchen. Dieser Ausweg mag auf den ersten Blick als zu unwirtschaftlich erscheinen, wir werden aber nachweisen, daß er diese Bezeichnung nicht verdient.

Bei der durch den Krieg hervorgerufenen Verteuerung aller Betriebsmittel fällt einem vor allem auf, daß die Materialien sehr ungleich im Preise gestiegen sind. Verglichen mit der Zeit vor dem Kriege und auf gleichen Heizwert bezogen, sind gestiegen: Braunkohlen um etwa 35 Prozent, Treiböl für Dieselmotoren dagegen bei Verwendung von Paraffinöl um etwa 400 Prozent, bei Verwendung von Benzol sogar um rund 700 Prozent. Infolge dieser vorzugsweisen Verteuerung des Treiböls kostet die Erzeugung einer Kilowattstunde mit Dieselmotoren gegenwärtig 5½ Pf. (Paraffinöl) bzw. 9½ Pf. (Benzol) mehr, als wenn Dampfmaschinen verwendet werden, während früher die Brennstoffkosten annähernd gleich waren.

Wenn nun die Dampfanlage des Elektrizitätswerkes so erweitert würde, daß man auf Verwendung von Dieselmotoren unter Umständen ganz verzichten könnte, dann würden dadurch nach obigen Angaben jährlich etwa für 26 730 Mk. Paraffinöl bzw. nur 46 170 Mk. Benzol gespart werden, bei eintretenden Störungen aber sogar leicht ein Vielfaches davon. Es handelt sich also um recht bedeutende Beträge. Die Aufstellung einer zweiten Turbine würde auch noch in anderer Hinsicht von Nutzen sein. Ein beträchtlicher Teil der Stromerzeugung fällt jetzt noch den alten Dampfmaschinen zu, im Jahre 1915 beispielsweise von insgesamt 13 700 000 Kilowattstunden über 4 680 000 Kilowattstunden. Die Dampfmaschinen verbrauchen aber nach unseren Erfahrungen reichlich 25 Prozent mehr Dampf als Turbinen. Wenn also eine zweite Turbine vorhanden wäre, die den größten Teil der bisherigen Stromerzeugung der Dampfmaschinen mit übernehmen könnte, so würde man, vorsichtig geschätzt, noch mit einer jährlichen Ersparnis von 5000 bis 8000 Mk. rechnen können. Dazu kommt dann weiter eine wesentliche Verringerung der Ausgaben für Schmiermaterial. Dampfturbinen verbrauchen nur sehr wenig Oel, nur etwa ein Fünfzigstel von dem, was für Dampfmaschinen aufgewendet werden muß. Bei einer zweiten Turbine würde man daher voraussichtlich auf geraume Zeit mit einer jährlichen Ersparnis von 8000 bis 12 000 Mk. rechnen können. — Die weitere Einschränkung des Dampfmaschinenbetriebes würde somit im ganzen zurzeit mindestens 13 000 bis 20 000 Mk. jährliche Ersparnisse bringen.

Nach Aufstellung einer zweiten Turbine könnte die vorhandene außerdem mit noch höher überhitztem Dampf gespeist werden. Bisher mußten wir in dieser Hinsicht noch recht vorsichtig sein, da die Dampfmaschinen, obwohl ursprünglich für höhere Ueberhitzung gebaut, doch sehr empfindlich dagegen sind. Wir schätzen, daß die Ausgaben für Kohlen auf diese Weise durch eine zweite Turbine jährlich auch noch um mindestens 10 000 Mk. verringert werden könnten. — Nicht zu gering zu veranschlagen sind weiter einige Vorteile, die sich nicht in Geldeswert ausdrücken lassen. Wir meinen die größere Sicherheit und die Vereinfachung des ganzen Betriebes.

Stadtrat Grote erklärte weiter zu der Vorlage, daß die Turbine schon bestellt sei. Nur eine einzige Fabrik habe sich bereit erklärt, die Maschine in 7½ Monaten zu liefern, so daß sie noch für den gefährdeten Winter 1917/18 in Tätigkeit gesetzt werden könnte. Und da der Preis infolge Materialsteuerung in wenigen Tagen um 20 000 Mk. stieg, hatten Kuratorium und Magistrat beschlossen, die Maschine sofort zu bestellen, um vorher nicht noch weitere ähnliche Preiserhöhungen zu erleben. Er bitte jetzt um nachträgliche Genehmigung.

Die Stadtrat Scheithauer und Hoffmann, beides leitende Direktoren großer Braunkohlenwerke, machten technische Bedenken gegen die Dieselmotoren geltend; sie erwärmen sich nur für Dampfmaschinen.

Stadtv. Zell, ebenfalls erster Direktor eines großen Braunkohlenwerkes, holte nun anschließend daran zu einer großen Kritik an der Art der Aufmachung der heutigen Vorlage sowie an dem ganzen Verwaltungssystem des Elektrizitätswerkes aus. Er bemängelte vor allem, daß in der Vorlage als Begründung für die überstürzte große Ausgabe nur eine Rechnung der Sparsamkeit aufgemacht wird. Die neue Turbine soll 1917 in Betrieb kommen, in Jahresfrist. Bis dahin können sich die Verhältnisse von Grund auf geändert haben, so daß dem Sparsamkeitsexempel jegliche Beweiskraft fehle. Er habe überhaupt den Eindruck, die Vorlage sei von Laien für Laien gemacht. Unser Elektrizitätswerk besitze eine Anlage von insgesamt 11 000 Kilowatt. 4000 Kilowatt erzeugen die alten Kolbenmaschinen, 3300 die Dieselmotoren, 3200 die Dampfturbine. Im Durchschnitt brauchen wir 4000 Kilowatt Höchstbedarf, also Spitzenbelastung ist 6000 Kilowatt. Da haben wir demnach eine Reserve von 100 bis 500 Prozent. Durch diese Reserve müßte unser Werk gegen alles gefeit sein. Jetzt ist die neue Turbinenanlage bereits ohne Einwilligung der Stadtverordneten bestellt, weil jeder Tag Zeitverlust eine neue Preiserhöhung bringen würde. Eine vorsichtigere Verwaltung konnte jedoch schon vor einem halben Jahre, ja vor drei Vierteljahren sehen, wie sich die Verhältnisse insbesondere hinsichtlich der Oelversorgung entwickeln und dementsprechend einen Plan aufstellen. Hätten wir da rechtzeitig bestellt, so konnten wir auch von einer deutschen Fabrik kaufen, und zwar von der, die uns die erste Turbine geliefert hat, so daß wir also eine einheitliche Anlage erhielten und dieselben Reserveteile für beide Maschinen benutzen konnten. Jetzt sind wir gezwungen, bei einer Schweizer Firma zu bestellen. Die Sache kostet jetzt ungefähr 200 000 Mk. mehr. Dazu kommen noch besondere Reserveteile. Redner erklärte, er sehe auch sonst bei unserem Elektrizitätswerk ein verkehrtes System der Anlage. Das hätte sich aber vermeiden lassen, wenn wir im Magistrat einen maschinentechnischen Baurat besäßen. Jetzt macht man den Vorschlag, um Platz für die neue Turbine zu schaffen, von den fünf Kolbenmaschinen die neueste herauszureißen, die 800 Kilowatt liefert. Wir bekommen also mit der neuen 3200 Kilowatt schaffenden Dampfturbine tatsächlich nur einen Zuwachs von 2400 Kilowatt. Er, Redner, gehe dabei von der Ueberzeugung aus, daß die Dieselmotoren sich als eine vortreffliche Anlage erwiesen haben. Darum erscheine es richtiger, statt der Kolbenmaschine einen Dieselmotor zu entfernen. Den Dezernenten, Stadtrat Grote, schätze er in seinen Leistungen gewiß hoch, aber jeder an seinem Platze; wir brauchen einen technischen Dezernenten. Alle Vorlagen vom Elektrizitätswerke kriegen wir als Eilvorlagen. Hier werden wir erst gefragt, nachdem der Auftrag schon vergeben ist. Er möchte mal Herrn Stadtrat Grote fragen, ob er sich das hätte gefallen lassen, als er hier noch als Stadtverordneter saß. Er würde mit Recht sehr ungehalten gewesen sein darüber, daß die Mitwirkung des Stadtverordnetenkollegiums ausgeschaltet wurde.

Diese Anklagerede wurde von der Versammlung mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört, da sie sachliche Gründe brachte, die auf den ersten Blick durchschlagend zu sein schienen.

Stadtrat Grote war aber doch um eine Antwort nicht verlegen, nur konnte man leider seine Ausführungen infolge der leisen Stimme des Redners kaum verstehen. Das Wesentliche war wohl, daß er erklärte, das angegriffene System des Elektrizitätswerkes stamme von dem Baurat Pfeffer, also einer technischen Kraft, wie Zell sie wünschte. Außerdem sei die Kritik auch sachlich verfehlt, da ein innerer Ausbau des Werkes sehr gut möglich sei. Der Stadtrat verteidigte dann energisch die Dieselmotoren, die dem Werke schon oft in den allergrößten Verlegenheiten glänzend geholfen hätten. Nur der Oelmangel der Kriegszeit bringe jetzt Schwierigkeiten. Insbesondere hätten die Dieselmotoren uns auch jetzt noch aus der Patsche geholfen, als die Hallische Pfännerschaft des Herrn Zell zeitweise die Kohlen für die Dampfmaschinen nicht rechtzeitig lieferte. Die neue Maschine sei bei einer Mannheimer Fabrik bestellt, deren Hauptwerk allerdings in der Schweiz liege. Das sei aber im Augenblick vielleicht ein Vorteil, durch den die Fabrik überhaupt erst lieferungsfähig würde. Die Augsburg-Nürnberger Maschinenfabrik, bei der man gern nach der ersten auch jetzt die zweite Turbine bestellt hätte, um den neuen Satz besonderer Reserveteile zu sparen, konnte absolut nicht liefern.

Stadtv. Nabe entschuldigte als Kuratoriumsmitglied die rasche Bestellung als unumgänglich nötig und lobte dann ebenfalls die Dieselmotoranlage, während er über das Versagen eines der neuen Dampfmaschinen klagte, an deren Stelle die Turbine kommen müsse.

Stadtv. Zell hielt in erneuten Ausführungen seinen Standpunkt aufrecht, gab jedoch zu, daß jetzt natürlich an der Bestellung nichts mehr zu ändern sei.

Der Oberbürgermeister wies eindringlich nach, daß die Turbine nötig werde, weil durch den Oelmangel leider die Verwendung der Dieselmotoren unmöglich geworden wäre. Deshalb sei auch die Reserverechnung Zells falsch. Abzüglich der Motoren sei die Höchstleistung des Werkes nur 7200 Kilowatt, und schon jetzt sei der Bedarf zeitweise auf 6000 gestiegen; er werde also im Winter sicher die genannte Höchstleistungsziffer erreichen. Dann könnten uns für dieses Jahr in den kritischen Tagesstunden zu glücklicherweise die Dieselmotoren mit den restlichen Oelbeständen noch glänzend herausreißen. Aber da es weiter kein Oel mehr gibt, sei die Sache für nächsten Winter so kritisch, daß schnellstens die neue Turbine bestellt werden müsse. — Der Vorschlag, den Magistrat um eine technische Kraft zu verstärken, sei von ihm — Oberbürgermeister — stets begrüßt worden. Doch habe man noch nicht feststellen können, ob in der Stadtverordnetenversammlung für diese Erweiterung des Magistrats eine Mehrheit vorhanden ist. In der Kriegszeit sei aber ohnehin an eine solche Anstellung gar nicht zu denken.

Stadtv. Direktor Scheithauer trat nochmals dafür ein, daß man die eine bemängelte Dampfmaschine nicht beseitige, sondern einen der Dieselmotoren wegreiße, um an dessen Stelle die Dampfturbine zu setzen.

Stadtv. Herzfeld meinte, daß jetzt, nachdem die neue Turbine ja doch schon bestellt sei, man sich mit der Entscheidung über die Art ihrer Aufstellung nicht zu beeilen brauche. Redner beantragte deshalb Vertagung der Abstimmung, bis eine gründlichere Vorlage gemacht ist.

Stadtrat Grote teilt in weiteren längeren Ausführungen u. a. noch mit, daß die installierten Dieselmotoren, als sie noch in Vollbetrieb sein konnten, 28 Prozent der Gesamtleistung des Werkes geleistet hätten.

Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Keil erklärte zum Schlusse, daß der Magistrat auf alle Fälle noch die drei Tage bis zur Einberufung einer Stadtverordnetensitzung mit der Bestellung warten müßte. In ähnlichen Fällen könnte es sonst doch mal geschehen, daß die Stadtverordneten den Mut hätten, solchen Vorlagen, bei denen sie nicht gefragt sind, nachher die Zustimmung zu verweigern. Dann wäre der Konflikt da.

Der Vertagungsantrag Herzfeld wurde abgelehnt. Es wurden dann die geforderten 465 000 Mk. bewilligt, jedoch soll über die Art der Aufstellung der Turbine noch eine neue Vorlage gemacht werden.

Als weitere wichtige Angelegenheit rief die

Erhöhung der städtischen Teuerungszulagen

noch eine kurze Auseinandersetzung hervor. Entgegen dem Antrag des Magistrats hatte der Soziale Ausschuß der Stadtverordneten beschlossen, die Teuerungszulage für städtische Arbeiter und Beamte nicht nur auf weitere sechs Monate eventl. bis Kriegsende weiter zu bewilligen, sondern auch die gezahlten Sätze etwas zu erhöhen, und zwar für Angestellte ohne Kinder von 8 auf 10 Mk. monatlich, für jedes Kind von 4 auf 5 Mk. monatlich und für die Arbeiter statt 90 Pf. 1,25 Mk. wöchentlich für jedes Kind. Die Gehaltsgrenze, bis zu welcher die zu zahlende Teuerungszulage gilt, wurde von 3000 auf 3600 Mk. zu erhöhen vorgeschlagen. In einer neuen Besprechung kurz vor der Stadtverordneten-Sitzung hatte derselbe Ausschuß noch beschlossen, bei monatlichen Gehaltszahlungen für Kinder 5,60 Mk. zu gewähren, damit die Beamtenfamilien nicht benachteiligt würden.

Stadtv. Genosse Hennig beantragte namens des Haushaltsausschusses die Annahme des Antrages des Sozialen Ausschusses, mit dem sich auch der Magistrat bereits einverstanden erklärt habe. Es würden 32 000 Mk. Mehrkosten entstehen. Ganz selbstverständlich halte er es, daß der Haushaltsausschuß auch dem heutigen Erweiterungsvorschlag des Sozialen Ausschusses zugestimmt hätte.

Stadtv. Genosse Emmer sprach nochmals für den neuen Vorschlage des Sozialen Ausschusses, für den auch bereits die Zustimmung des Magistrats in Aussicht gestellt sei.

Stadtv. Balke empfahl einen Antrag, den Beamten mit Einkommen von 3600 bis 4500 Mk. wenigstens auch die Kinderzulage zukommen zu lassen. Es kämen für 165 Familien 9000 Mark in den sechs Monaten in Frage.

Stadtv. Kühne beantragte, da genaue Grundlagen fehlten und über die Stellung des Magistrats dazu nichts bekannt sei, den letzten Vorschlag dem Magistrat zur Erwägung zu übergeben.

In diesem Sinne wurde beschlossen und dann der Antrag des Sozialen Ausschusses vollinhaltlich angenommen. Die neue Skala der Teuerungszuschläge wird noch bekanntgemacht.

Neue Bekanntmachungen.

Die Winterkartoffel-Versorgung ist noch um eine Woche hinausgeschoben. Näheres sagt eine längere Bekanntmachung im Anzeigenteil.

Zur Abholung der Winterkartoffeln vom Schlachthof werden am Mittwoch die Bezugsscheine Nr. 901 bis 1100 zugelassen.

Eier werden morgen auf die alten Lebensmittelscheine Nr. 63 001 bis 66 000 abgegeben.

Auf dem städtischen Markt sind Braunkohl, Weißkohl und Kohlrüben wieder in größeren Mengen eingetroffen; sie kommen in der Talamtschule zum Verkauf.

* **Stadtverordneter Bruß gestorben.** Gestern morgen verschied im Alter von 60 Jahren Gerichtssekretär a. D. Wilhelm Bruß, der seit dem Jahre 1900 der Stadtverordneten-Versammlung angehörte. Seine Tätigkeit trat im Plenum weniger hervor.

* **Wegen unehrlicher Behandlung der Lundschaft zu Gefängnis verurteilt.** Zur Gewissensschärfung mancher unserer hiesigen Lebensmittelhändler und Verkaufsangestellten sei diese Entscheidung eines österreichischen Gerichts mitgeteilt: Anläßlich der Mehlausgabe vor der Niederlage der Rauchschen Mühle in Innsbruck hat sich der Geschäftsführer dieser Niederlage, Franz Stratzer, den Kunden gegenüber in unehrlicher Weise benommen. Infolge behördlichen Auftrages wurde er sofort verhaftet und vom Stadtpolizeiamt auf Grund der Zeugenaussagen zu einer achttägigen Arreststrafe verurteilt. Dazu wird amtlich erklärt: Es ist dies eine Warnung für jene Geschäftsleute, welche die gegenwärtigen Zeitverhältnisse dazu ausnützen, um gegenüber dem konsumierenden Publikum mit Brutalität vorzugehen. Die Behörde wird mit allem Nachdruck dafür Sorge tragen, daß in dieser Richtung jede Unehrlichkeit mit unnachsichtlicher Strenge geahndet werde.

* **Volkspark.** Morgen, Mittwoch, nachmittag wird ein Doppelkonzert, ausgeführt von der Kapelle des 1. Ersatz-Bataillons Füsilier-Regiments Nr. 36 unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektor Groger, unter Mitwirkung eines Feldgrauen, der einige Lieder zum Vortrag bringen wird, stattfinden. Das abwechslungsreiche Programm verspricht eine angenehme Unterhaltung.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abend findet die dritte Aufführung der Opernneuheiten Der Ring des Polykrates und Violanta statt. Am Mittwoch kommt die mit so außerordentlichem Erfolg in Szene gegangene Operettenneuheit Das Dreimaderlhaus in der bekannten Besetzung zur ersten Wiederholung; die zweite Wiederholung ist für Sonntagabend festgesetzt. Am Sonnabend geht nachmittags als Volksvorstellung bei Einheitspreisen von 25 bis 65 Pf. das Schauspiel Anna-Liese in Szene. Karten sind im Arbeitersekretariat zu haben. Sonnabend abend wird die Straußsche Operette Wiener Blut gegeben. Am Sonntag nachmittag kommt D'Alberts Oper Tiefland als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen zur Aufführung.

Ammendorf. Gemeindevertreter-Sitzung. Auf Anfrage aus der Mitte der Versammlung teilt der Gemeindevorsteher mit, daß die Reichsfleischstelle den Landgemeinden pro Woche und Kopf nur 90 Gramm Fleisch, hingegen den Großstädten 200 Gramm zugesprochen habe. Die Aussprache ergab, daß sich die Verlammlung auf den Standpunkt stellte und den Wunsch aussprach, daß Ammendorf keineswegs als Landgemeinde angesprochen werden könne, sondern ein Industrieort sei, dessen Arbeiter, die zumeist unter die Schwerarbeiter zu rechnen seien, mindestens mit demselben Rechte 200 Gramm Fleisch zustehen müßten, als der Stadtbevölkerung, von der ein großer Teil sehr leichte Beschäftigung habe. Dieser Wunsch soll vom Vorsteher an zuständiger Stelle schnellstens zur Geltung gebracht werden. Haben doch hier 8 Fleischer sage und schreibe in einer Woche nur 154 Pfund Fleisch zur Verteilung gehabt. — Als berechtigt wurde auch die Klage über Lieferung schlechter Kartoffeln in der vorigen Woche — es waren sogenannte Futterkartoffeln — anerkannt. Diese Ware soll, soweit es angängig ist, gegen andere ausgetauscht werden. Die Gemeinde hat für diesen Schund Höchstpreise zahlen müssen und hat somit großen Schaden zu tragen. Der Lieferant hat erklärt, wenn die Kartoffeln nicht abgenommen würden, liefere er eben keine. Ein recht „menschenfreundlicher" Standpunkt, der nicht in Vergessenheit geraten darf. — Im Zweckerband Ammendorf sind 460 Kinder im Alter von 1—2 Jahren, die je 1 Liter Milch zu beanspruchen haben, 650 im Alter von 3—5 Jahren mit je ¾ Liter, 670 im Alter von 6—7 Jahren mit je ½ Liter, 70 schwangere Frauen mit je ¾ Liter, 220 Kranken mit je 1 Liter Milchanspruch. Von 15 000 Einwohnern sind also 2080 bezugsberechtigte Personen, die monatlich 46 950 Liter Milch bekommen müßten, während nur 20 800 Liter zur Verfügung stehen. Das sind drückende Zustände, die abzuhelfen die Gemeindeverwaltung leider nicht in der Lage war. — An „Fettigkeiten" kommt pro Kopf und Woche 50 Gramm Butter zur Verteilung; für Schwerarbeiter außerdem Oele und Margarine. Die Verwaltung hofft, nächste Woche 60 Gramm Butter pro Kopf zur Verteilung bringen zu können. Kriegsgraupen und Nudeln in größeren Quanten zu beschaffen, ist ihr leider bislang auch noch nicht gelungen. Daher soll eine direkte Eingabe an den Regierungspräsidenten gerichtet werden. — Die Gemeindehäuser (Seidel, Nachtwächter- und Armenhaus sowie die Schulaborte) sollen mit Automaten-Gasbeleuchtung eingerichtet werden. — Die Gemeindeeinkommensteuer der zum Heeresdienste eingezogenen Heerespflichtigen soll in Abgang gestellt werden. Angefähr 750 Mann sind eingezogen; es soll ihnen auch diese Weihnachten, ebenso wie an den zwei vorigen, ein Gemeindegeschenk übermacht werden.

Bruckdorf. Neue Telegraphenlinie. Die Oberpostdirektion in Halle gibt bekannt, daß der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an dem Verbindungswege von Bruckdorf nach Canena bei dem Postamt 2 in Halle öffentlich ausliegt.

Briefkasten der Redaktion.

K. D. Genaue Bestimmungen über die Gewährung von Zusatzrenten an die Kriegsbeschädigten sind noch nicht herausgekommen. Anträge sind an das Bezirkskommando zu stellen. Der Antragsteller hat einen Fragebogen auszufüllen. Ein Rechtsanspruch besteht nicht; die Zuwendung wird vom Kriegsministerium nach freiem Ermessen gewährt. Wenn Sie Ihr früheres Einkommen wieder erreicht haben, dürfte der Antrag aussichtslos sein.

L. W. Diese Verpflichtung wird in allen Fällen von den Eltern der Braut verlangt, sonst gibt die Militärbehörde die für aktiv Dienende nötige Genehmigung zur Heirat nicht. Der Bräutigam dürfte auch noch zu diesen Aktiven zu rechnen sein, da während des Krieges ein Uebertritt zur Reserve usw. nicht stattfindet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219161114-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8¼ Uhr.

2854 Grosser Erfolg! Zum 7. Male:

„Marietje singt".

Schauspiel in 5 Akten von Adolf Steinmann, nach dem im hiesigen „General-Anzeiger" erschienenen Roman von Anna v. Pauluys.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch nachmittag:

:: Militär-Freikonzert. ::

2849 Die Geschäftsleitung.

Passage-Theater.

Leipzigerstr. 88 Fernspr. 1224.

Der Riesenbrand der grossen Oper.
Gewaltiges Drama in 4 Akten.
Vorführung: 4.10, 6.40, 9.30.

Ein nettes Pflänzchen.
Reizendes Lustspiel in 3 Akten.
Regie: Paul Heldemann.
Vorführung: 5.40 und 8.30.

Astoria-Lichtspielhaus.

Alte Promenade 11a. Fernspr. 5738.

Erna Morena in:
„Der Skandal"
Schauspiel in 3 Akten.
Vorführung: 4.20, 6.50 und 9.40.

„Sonds Kleine"
Entzückendes Lustspiel in 3 Akten.

In beiden Theatern: **Hauptmann Boelcke.**
„Wie das deutsche Heer seinen Luftheros ehrte".
„Die Trauerfeierlichkeiten in Dessau".

*2855

Konzerthaus „Oberpollinger".

Jägergasse 1. Neu! 2688 Beke Gr. Ulrichstrasse. Neu!

Täglich: Grosses Konzert d. Damen-Trompeter-Korps Concordia.
3 Damen. und Fanfaren-Einlage. — Allabendlich 10 Uhr: Xylophon-Wochentags Eintritt frei!
Ergebenst ladet ein Frau Elsa Beth.

Berichtigung der Bilanz am 30. Septbr. 1915.

Die Gesamthaftsumme der Mitglieder betrug am 30. September 1915: 26 610 Mk.

Teutschenthal, den 10. November 1916.

Konsum-Verein Teutschenthal und Umgegend
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Der Vorstand:
Karl Koch. Franz Hennicke. Karl Ködderitz. *1019

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Arbeitsmarkt

Zimmerleute u. Maurer

werden bei dauernd. Beschäftigung, 11stündiger Arbeitszeit, entsprechendem Lohn und Beschaffung von Verpflegung und Unterkommen eingestellt. *1007

Gustav Albrecht, Roitzsch-Bitterfeld.

Tüchtigen Buchbinder

sowie **Stanzer**

stellt sofort ein

Buchdruckerei H. Kuhnt,
Kronprinzenstrasse 4. *1021

Zur Führung und Wartung einer 130 PS. Sauggasanlage, verbunden mit kleiner elektrischer Zentrale, suche ich zum sofortigen Antritt

1 militärfreien Maschinisten

mit guten Empfehlungen.
Ausführliche Angebote mit Lohnansprüchen an *1013

A. Wetzig, Wittenberg, Bez. Halle,
Eisengießerei, Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt.

Tüchtige Erdarbeiter und Arbeiterinnen

stellt ein *1022

Heinrich Scheven, Ammoniakwerk Leunawerke bei Merseburg.

Thalia-Säle.

Täglich vom 15. November, abends 8¼ Uhr

*1026

Hofkünstler

Strack

Bellachini

mit seinem sehenswerten
Theater für Illusion und Magie.
Sehenswerte Bühneneinrichtung und Apparate.
Abwechselndes, abendfüllendes Programm.
Vollständig neu f. Halle!

Paul Leuschner, Halle a. d. S., F.

Zigarren- und Zigaretten-Versand,

Hauptgeschäft Mittelwache 9-10. Fernruf 2087. Zweiggeschäft Harz 50.

Engros-Vertrieb der Zigaretten-Fabriken **Yenidze, Eckstein, Manoli, Union, Reunion etc.**
Zigarren nur erster Firmen.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts.

Pfaff-

Nähmaschinen sind unübertroffen in der Welt.
Alleinverkauf bei
H. Schöning,
Grosse Steinstrasse 69. 2846

Fertige Hohlen

aus Kernleder zusammengesetzt, verkauft billigst
*975 **J. Sternlicht,** Alter Markt 11. Fernruf 1388.

Stuhlverstopfung — Stuhlträgheit

Ursachen, Folgen und gründliche Beseitigung dieser Leiden ohne schädliche Abführmittel. Diesbezügliche, belehrende Broschüre von Dr. med. Coleman gegen Einsendung von 30 Pf. in Briefmarken für Unkosten. *778
Puhlmann & Co., Berlin 219, Müggelstr. 25a.

Roßfleisch

täglich in altbekannter Güte bei
Minna Crain,
Burgstraße 12. 2853

Gas-Glühkörper
von vorzüglicher Leuchtkraft und Haltbarkeit.
Steh- und Hängelicht St. 50 Pf., 10 St. 4.80 Mk.
Dauerwäsche-Verkauf Kleiner Berlin 2, 1 Tr., 2583 Ecke Sternstr.

Leiterwagen,
gute starke Ausführungen, sehr billige Preise. 2856
C. F. Ritter,
Leipzigerstraße 90.
Mitglied des Rabatt-Sp.-Ver.

Zahnpraxis Zimmermann,
Magdeburgerstr. 24hpt. Tel. 4880. (am Walhalla). 8-12½ u. 3-5.

Rossfleisch.

Diese Woche wieder täglich in altbekannter Güte.

Hermann Müller,
2852 Pfännerhöhe 41.

Mehrere tüchtige

Tischler

erhalten dauernde Beschäftigung.
Möbel-Fabrik Pollak,
2851 Nikolaistraße 9/11.

Arbeiter

werden angenommen. Abbruch Ziegelei Rietleben.
*1023 **O. Schmuhl.**

Werkzeugschlosser,
möglichst militärfrei, stellt sofort ein
Hallesche Schraubenfabrik, Diemitz. *1025

Aelterer

Geschirrführer

(möglichst militärfrei) sofort gesucht. *1024
Meldung mit Zeugnisabschrift.
Fleischerei. 17, Kontor.

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag den 17. November, pünktlich abends 9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Sonntags von 8 bis 10 Uhr: Volkstümliches Turnen u. Spiele auf dem Sandanger.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
Donnerstag den 16. November: Gemütliches Beisammensein im Volkspark.
Sonntag den 19. November: Halbtagestour nach Trotha, Brachwitz, Teicha, Spielbergturm. — Abmarsch: 1 Uhr vom Trotharer Kaffeegarten. Führer: A. Hesse.

Apollo-Theater

Heute zum 17. Male!

„Im Krug zum grünen Kranze" 2850

Heit. Volksstück m. Gesang in 4 Akt. v. Spannuth-Bodenstedt.

Stürmischer Beifall bei jeder Aufführung!

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Mittwoch d. 15. November 1916:
Anf.: 7½ Uhr. Ende: 10¼ Uhr.
Zum 2. Male: 2847

Das Dreimäderlhaus.
Singspiel in drei Aufzügen von A. M. Willner und Heinz Reichert.
Musik nach Franz Schubert bearbeitet von Heinrich Berté.
Donnerstag den 16. Novbr. 1916:
Judith.

Handarbeiten
vorgezeichnet und fertig gestickt. Riesen-Auswahl. Vorteilhafte Preise. 2491
— Im Kaufhaus —
H. Elkan, Leipzigerstr. 87.

Futterschweinen zu verkaufen Greitzsch b. Teicha Nr. 32. 2844

Mode-Zeitungen empfehlen die Volksbuchhdlg.

Metallarbeiterverband

Verwaltung Halle a. S.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, dass wiederum folgende Kollegen als im Felde gefallen, gemeldet worden sind:

Baritsch, Otto, Schlosser, 24 Jahre.
Brockhaus, Wilhelm, Schlosser, 28 Jahre.
Keppler, Melchior, Feilenhauer, 30 Jahre.
Klaus, Hermann, Kernmacher, 34 Jahre.
Kluge, Ernst, Mechaniker, 20 Jahre.
Kramer, Richard, Gelbgiesser, 34 Jahre.
Krause, Hermann, Dreher, 30 Jahre.
Laue, Wilhelm, Schlosser, 24 Jahre.
Losse, Fritz, Schlosser, 20 Jahre.
Märker, Otto, Schlosser, 21 Jahre.
Meinhardt, Paul, Dreher, 31 Jahre.
Mühlberger, Wilhelm, Former, 29 Jahre.
Panterott, Otto, Schlosser, 31 Jahre.
Rauschenbach, Franz, Metallarbeiter, 28 Jahre.
Rose, Hermann, Metallarbeiter, 31 Jahre.
Schauf, Emil, Dreher, 22 Jahre.
Steffens, Otto, Dreher, 22 Jahre.
Wirth, Paul, Klempner, 26 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

2848 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß heute nacht, den 12. November, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter und Schwester

Emilie Teubert

geb. Hohmann

im 50. Lebensjahre, nach schwerem Krankenlager sanft entschlafen ist. Dies zeigen tiefbetrübt an:

Der trauernde Gatte Karl Teubert nebst Kindern und Verwandten.

Halle (Lauchstädterstr. 17), den 13. November 1916.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag ¼4 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. 2845

Mein heißgeliebter Mann, der aufopfernde, liebende Vater seiner beiden Knaben, unser treuer, geliebter Sohn, Schwiegersohn und Bruder, der Schriftsetzer

Richard Dornbusch,

Inf.-Rgt. 169, 4. Komp.,

ist am 3. 11. 16 (33 Jahre alt), wenige Tage nach seinem jüngsten Bruder Karl, ebenfalls als Opfer dieses entsetzlichen Völkerringens, gefallen. In unsagbarem Herzweh:

Zurzeit: Zossen, Zementfabrik, Leipzig, Wittenberg. Emma Dornbusch geb. Miket und Kinder, Eltern, Schwiegermutter u. Geschwister.

*1020

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219161114-15/fragment/page=0004

Halle, 14. November.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 268 — 1916

112]

Afraja.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

Das Tal zog sich in Bogenform dem Gebirgsabfall des Kilpis zu und stieg langsam zu einer großen Höhe auf. Ueberall behielt es sein gartenartiges Ansehen. Ueppiges, dichtes Gras bedeckte den Boden, und da es sich nach Süden öffnete, war es voll Sonnenlicht, das überall Wärme verbreitete. Kräftige Bergfichten wechselten mit Birkenstämmen, und hinter einem schönen Rasenplatze lag unter schützenden Felsen ein kleines, festes Haus, ähnlich den Balkenhäusern der normännischen Handelsleute, aber unsäglich zierlicher anzuschauen. Seine Außenseite war mit Birkenrinde bekleidet, die blattförmig und schuppig übereinander fiel. Marstrand erblickte eine Tür, über welche eine Reihe gewaltiger Renntiergehörne prangte, ein paar Fenster erhöhten sein Erstaunen, und Gula sagte lächelnd: „Das alles hat Mortuno mühsam für mich gezimmert und gerichtet. Er hat die Fenster teuer gekauft und herbeigeschafft, so fand ich es, als ich kam. Aber hier sieh, was schöner ist," fuhr sie fort. „Setze dich auf diese Bank zu mir wie damals in Ildas Garten; hier ist niemand, der uns stört."

Sie hatte ihn bei dem Hause vorbei durch das Birkenwäldchen geführt, wo der Bach schäumend vorüberstürzte, und schon ehe er das Wunder erblickte, das er sehen sollte, hörte er den dumpfen Donner eines großen Wasserfalls, der jetzt in seiner ganzen Herrlichkeit vor ihn trat. Einige hundert Fuß höher als das Tal fiel der Strom von einer Wand des Kilpis, einer geschmolzenen Silbermasse gleich, herab und stürzte in einen schwarzen Felsenkessel, aus dem der Wasserstaub wirbelte. Im Sonnenglanz sprühten Millionen glänzende Funken auf, die in Regenbogenfarben Brücken und Bogen der prächtigsten Art bildeten. Es war zauberhaft zu sehen, wie die funkelnden Wolken an der Wand hinflogen, wie ohne Rast und ohne Ende der glänzende Schaum an den Felsen niedersank, wie immer neue Donner durch die Luft dröhnten, immer neue wechselnde, bunte Farbenbilder durch das Tal flogen und zerrannen. Und rund umher hatte der feuchte Staub eine üppige Pflanzenwelt hervorgerufen. Alpenblumen sproßten dort, wie Marstrand sie nie gesehen hatte. Er blickte in einen Garten voll blauer und herrlich brennend roter Beete, und seine Seele füllte sich mit Staunen und Freude, seine Augen hingen entzückt an dem erhabenen Schauspiel, das er nie in solcher Schönheit gesehen hatte.

Auf der Bank, der schwarzen Grotte gegenüber, in welcher die zerstäubten Wasser sich sammelten, um dann kaskadenartig ihren letzten Sprung zu machen, saß er und hörte Gula reden und erzählen. Hier hatten die Götter ihres Volkes gewohnt, hierher hatte Jubinals mächtige Hand seine Geliebte gerettet, als die Riesen und der böse Pekel ihren Kampf begannen, und dort oben in geheimen, tief verborgenen Gärten lebte der Allvater noch mit seligen Geistern, die im feinen Mondlicht nächtlich niedersteigen und durch das Tal schwebten.

Träumerisch lächelnd hörte er zu, sah zu den versteinten Gebilden hinauf, denen Gula Gestalt und Deutung gab, und blickte in ihr belebtes Gesicht, das so voll von Frieden und voll Glück war. Es kam ihm vor, als könnte er immer so sitzen und sie anschauen, als könnte er allem entsagen, was außerhalb dieser Welt lag, als müßte Jubinals Götterarm und Wille diese Felsen plötzlich überall unersteiglich glatt verschließen, daß er dies Tal niemals wieder verlassen könnte. Er atmete auf und blickte umher, ob es nicht schon geschehen sei, und legte seinen Arm um das geschmeidige Kind, das sich an ihn schmiegte. Ein sanftes Wehen ging über sie hin. Die Bäume wiegten sich leise, es flüsterten Stimmen darin, und vom Wasserfall erhob sich eine funkelnde Wolke und schwebte bis zu ihnen her.

Gula deutete auf den Regenbogen, der über ihnen stand. „Gott spricht zu uns," sagte sie, „das ist sein Zeichen."

„Und was sagt er dir?"

„Daß ich dich nie und nimmer verlassen soll."

„Soll ich bei dir wohnen?" fuhr er lächelnd fort, „unter den Birken sitzen, deine Hände halten und vor aller Welt verborgen dich mit Blumen schmücken?"

„Die Blumen verwelken," antwortete Gula, „der Bach erstarrt, das Tal füllt sich mit Schnee und Afraja zieht fort an die Seen der Tana. Ich gehe, wohin du willst."

„Ach! arme kleine Gula!" rief er aus, „weiß ich doch selbst nicht, wo meines Bleibens sein wird. Du hast gehört, wie es mit mir steht."

Sie neigte sich zu ihm, legte ihre beiden Hände auf seine Brust und sah ihn mit den glänzenden Augen mutig an.

„Mußt du denn am Balsfjord wohnen?" fragte sie. „Mußt du in diesem rauhen Lande unter so harten Männern leben?"

Die Mahnung kam ihm unerwartet. „Wohin sollte ich gehen?" fragte er überrascht.

„In dein Vaterland," erwiderte sie. „Ist es wahr, was ich einst von Paul Petersen hörte, daß niemand mich dort verachten und verspotten wird, wenn ich Geld mitbringe?"

„Geld!" rief Marstrand, „gibt überall Ansehen und Glanz."

„So ist alles gut," sagte sie zuversichtlich. „Afraja wird dir geben, so viel du willst. Wir steigen in ein Schiff und fahren nach Süden. Du hast mir so viel von Kopenhagen erzählt, nun werde ich es sehen." Sie klatschte in ihre kleinen Hände und ihre Augen verklärten sich bei den Gedanken, die ihren Kopf erfüllten — „Alles will ich lernen," rief sie, „du sollst sehen, daß ich kann, was ich will. Sage nur, was ich tun soll, befiehl nur, wie es recht ist. Gott segne dich! O, Gott segne dich, du lieber guter Johann!"

Wie hätte er einen schwarzen Tropfen in diesen Strom hoffender Liebe schütten können? Das Glück, das er erweden konnte, warf seinen Schimmer auf ihn zurück und, halb vor sich hin, indem er sie mit einem langen, zärtlichen Blicke betrachtete, sagte er: „Vertraue auf mich. Was ein Mensch tun kann, will ich tun, um deine treue Freundschaft zu vergelten."

„Du wirst mich nimmer verlassen und verstoßen," rief sie im Tone des unerschütterlichsten Vertrauens. „Heute, als ich dich wiedersah, fiel der Gedanke mich an wie ein wildes Tier, und eine entsetzliche Angst mischte sich in meine Freude. Jetzt weiß ich gewiß, daß er kindisch und töricht ist. Ich könnte es auch nicht ertragen," fügte sie leise lächelnd hinzu.

„Aber was wird dein Vater sagen, wenn du ihn verlassen willst? Wird er darein willigen?"

„Er wird, er muß!" antwortete sie, lebhaft aufspringend „Dort steht er und erwartet uns. Sprich mit ihm auf der Stelle, er wird dich gern hören."

Marstrand sah bald, daß sie vom ihres Vaters Plänen nichts wußte, aber er beruhigte sie leicht mit der Versicherung, daß er am nächsten Tage über alle Dinge mit ihm reden würde, da Afraja selbst ihn ersucht habe, erst morgen über seine Angelegenheiten zu sprechen.

„Er will dich froh sehen," sagte Gula, „und ich kann nichts denken, als dich allein. Was du tust, ist gut, das ist alles, was ich weiß."

Hand in Hand unter frohem Geplauder führte sie ihn zu der Hütte, vor welcher der greise Mann im Sonnenschein saß und mit den beiden Hunden, die vor ihm standen und mit gespitzten Ohren zu ihm aufsahen, Zwiegespräche zu halten schien.

„Es sind kluge Tiere, Herr Marstrand," sagte er, „sie fragen mich eben, warum kein Feuer auf dem Herdstein zu sehen ist, da doch die Sonne schon lange Schatten wirft, und ich antwortete ihnen, es ist nicht gut fein da, wo es Menschen gibt, die von Worten satt werden." — In seiner Art lachend, streichelte er dabei seiner Tochter weiches Haar und in seinem kantigen Gesicht leuchtete etwas, was wie zärtliches, väterliches Wohlgefallen aussah. „Blumen leben vom Tau," fuhr er dann fort, „Fische von Wasser und Mädchen von Liebe, aber bei alledem bleibt es wahr, daß jedes Wesen auch Speise haben will, die den Magen in Ordnung hält, ohne den nichts in der Welt bestehen kann."

Gula lief in das Haus und Marstrand setzte sich zu Afraja, der ihm vieles von seinen Wanderungen erzählte, die sich auf mehr als hundert Meilen nördlich und ins Innere des Landes erstreckten. Er schilderte die Familieneinrichtungen, das häusliche Leben und die Arbeiten und sprach mit einem gewissen Stolze davon, daß in diesem Land ohne Gesetz, ohne Beamten und Häscher doch fast nie ein Verbrechen begangen werde.

„Sie schelten uns Diebe, Räuber und Betrüger," sagte er, „und doch weiß ich niemals, daß ein Diebstahl oder Raub begangen wurde, es sei denn von den Küstenleuten. Da gibt es armes, schlechtes Volk, gedrückt und geplagt. Knechte, die mit Not armselig ihr Leben fristen. Hier findest du nur freie Männer, die keinen Herrn über sich haben als den Allerhalter, und niemanden unter sich, denn alle sind gleich. Wir leben in der Gamme, essen aus einem Kessel, kleiden uns mit demselben Kleide; wir sind Brüder, die alles teilen und nie von ihrer Freiheit lassen mögen."

(Fortsetzung folgt.)

Leibniz.

1716 — 14. November. — 1916.

Zwei Jahrhunderte sind vergangen, seit Gottfried Wilhelm Leibniz, der bedeutendste unter den Philosophen des Idealismus nach Spinoza, aufhörte zu sein. Sind auch viele seiner Theorien über die Entstehung und Bedeutung des Weltganzen durch die moderne Geistes- und Naturwissenschaft überholt, so ist doch nicht zu leugnen, daß deren Hauptgedanke von der fortschreitenden Entwicklung alles Niederen zum Höheren zu einem guten Teile von Leibniz vorausgeahnt, wenn auch noch nicht klar ausgesprochen wurde. Es hat daher wohl Berechtigung, dieses glänzenden Geistes zu gedenken, dem die moderne Kultur, die jetzt von furchtbarster Vernichtung bedroht ist, ungeheuer viel verdankt.

Leibniz, der am 6. Juli 1646 in Leipzig geboren wurde, erwarb sich dank seinen glänzenden Geistesgaben schon früh eine universale Bildung: mit 20 Jahren konnte er zum Doktor promovieren! Durch seine politischen Bestrebungen, die dahin gingen, den Plänen Ludwig XIV. auf Angliederung deutscher Gebietsteile entgegenzuwirken, indem er den ehrgeizigen Franzosenkönig mit Wort und Schrift auf die Eroberung Aegyptens hinwies, bekam er früh Fühlung mit deutschen Hofkreisen. Er wirkte zunächst als Ratgeber der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg und Hannover, bis er nach Berlin übersiedelte und hier unter Friedrich I. der Gründer und erste Präsident der Akademie der Wissenschaften ward. Als solcher schuf er aus eigentlich reaktionären Gründen seine berühmte Lehre von den Monaden: er wollte die materialistische Erkenntnistheorie seiner Zeit in Einklang bringen mit den Geboten und Lehren der Religion. Insbesondere wandte er sich gegen die Lehre Descartes (1596 bis 1650), eines der glänzendsten Mathematiker und Physiker aller Zeiten, zugleich des Hauptvertreters des Materialismus in der Philosophie. Descartes denkt sich die Welt aus der mechanischen Bewegung, aus gelegentlichem Zusammenprall kleinster empfindungsloser Körperchen und Splitterchen im Weltenraum entstanden. Der Zufall gibt den Anstoß zur Wirkung, die sich nach den strengen Gesetzen der Zahl und Geometrie vollzieht und alles Sein und Werden in die Erscheinung treten läßt. Geist und Materie sind ursächlich geschieden und verschieden voneinander; nicht die Besonderheit der Dinge bedingt die Formen ihrer Erscheinung: diese gestaltet vielmehr aus einer causa occasionalis, gelegentlichen Veranlassung, Gott, worunter Descartes das unbekannte Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung versteht. Schon Spinoza verwarf diesen Dualismus, um an seine Stelle einen Monismus zu setzen, der alles Sein und Werden aus der Wesensgleichheit von Geist und Materie begreift, die jeden Gedanken an ein übernatürliches Wesen ausschließt. Dagegen nimmt Leibniz die Existenz eines solchen an, wahrscheinlich nur, um seine Lehre mit der kirchlichen Dogmatik in Uebereinstimmung zu bringen, die lehrt, daß Gott diese Welt erschaffen und daß sie daher dank der Allmacht Gottes die beste und den möglichen sei. Leibniz nennt die Einheiten, welche in ihrer Vielheit das Weltgebäude zusammensetzen, „Monaden", worunter ein einfaches geistiges Wesen zu verstehen ist. Diese Monaden bilden sowohl die Materie, wie den Stein, als auch den Menschen und endlich die Gottheit selbst, die niedrigsten Monaden haben nur verworrene Vorstellungen, aus denen sie niemals zu einem Bewußtsein ihrer selbst gelangen, während die höher organisierten, z. B. Menschen, klares Denken sowie der Fähigkeit, aus der Erfahrung sich fortzubilden, innewohnt. In einem verwickelten Denkprozeß sucht Leibniz zu beweisen, daß in allen Monaden das Bestreben ruht, sich aus eingeborenen Eigenschaften heraus zu entfalten — und zwar jede Sonderart nur nach für sie geltenden Gesetzen. Die Entwicklung aller Monaden und ihre Vorstellungen stehen in harmonischem Zusammenhange, der von Anbeginn an durch Gott bestimmt ward. Zwischen der Monade und der Außenwelt besteht keinerlei Wechselwirkung: vielmehr spiegelt sich die Außenwelt nur als selbstgeschaffene Vorstellung der Monade. So längt auch die Seele als Monade mit dem Körper nur insoweit zusammen, als sie sich die Monaden, welche den Körper bilden, vorstellen kann. Mit anderen Worten: nach Leibniz kann von einer wechselseitigen Beeinflussung von Leib und Seele nicht die Rede sein, ihr Zusammenhang beruht vielmehr nur darin, daß sich das Geschehen in Seele und Leib parallel, gleichzeitig vollzieht. Im weiteren Ausbau dieser Theorie kommt Leibniz dann zu dem Schluß, daß aus der Natur aller Monaden, die ihnen ihre besondere Entwicklung nach besonderen Gesetzen vorschreibt, alle Uebel und Vorzüge dieser Welt entspringen, daß diese daher unter dem möglichen die beste sei: denn alle Mängel seien endlich und lösten sich zuletzt auf in der unendlichen Harmonie Gottes, der allweisen, allgütigen und allmächtigen Zentralmonade!

Aus der ganzen Terminologie der Monadenlehre geht hervor, daß Leibniz sie erfann, um die Lehren des Christentums mit allen Erscheinungen der Natur in Uebereinstimmung zu bringen und es in seiner dogmatischen Gestalt als berechtigt zu stabilisieren. Aber dennoch ist bereits in dieser Monadologie der moderne Entwicklungsgedanke unter einem Wust mittelalterlich-scholastischer Vorstellungen in genialer Weise ausgesprochen und hat sich seit nunmehr zwei Jahrhunderten Kunst und Wissenschaft fruchtbar in seinen Bann gezogen. — Als Mathematiker machte sich Leibniz durch die Entdeckung der Differentialrechnung berühmt, deren Wesen er gleichzeitig mit Newton enthüllte. Sie ermöglicht es, aus der Relation bekannter veränderlicher Größen, die irgendwie voneinander abhängen, die Relation ihrer sogen. unendlich kleinen Veränderungen (Differenzen) zu bestimmen. Anwendung findet sie in der Lehre von der Dynamik, in der Astronomie und endlich vielfach zur Ermittlung unbekannter Größen.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle den Einfluß des Philosophen auf unsere klassische Philosophie und Literatur aufzeigen zu wollen. Daß er selbst in einer Zeit der tollsten Sprachmengerei in Deutschland den Mut fand, auf die Schönheit und Lebenskraft der deutschen Sprache hinzuweisen und seine Ansicht in einigen kritischen Aufsätzen zu begründen, sei kurz erwähnt. Lessings Dialog zwischen Ernst und Falk weist deutlich auf die Vertrautheit des Dichters mit Leibnizischen Theorien hin. Auch in Herders Ideen zur Geschichte der Menschheit finden wir sie wieder, wenn auch schon selbständig fortentwickelt. Und unsere klassische Philosophie von Mendelssohn bis Kant, Hegel, Schopenhauer und Feuerbach fußt gleichfalls zum Teil auf Leibnizischen Anschauungen. Wenn sie auch heute längst überwunden sind: Sie haben ihr Teil zur Klärung und Entwicklung der Geister beigetragen und behalten so einen bedeutenden Platz in der Geschichte menschlichen Denkens und der Kultur überhaupt.

Kleines Feuilleton.

Kino-Irrwege.

Zu dem Plane gewinnsüchtiger Kino-Industriellen, Goethes Faust-Dichtung zu verfilmen, bemerkt Erich Schlaikjer in der Welt am Montag u. a. sarkastisch treffend: „Ein Herr William Wauer hat endlich eingesehen, daß der Faust von seinen toten Versen erlöst und zu einer höheren Daseinsform emporgeführt werden muß. Es ist im Grunde sonderbar genug, daß nicht schon lange irgendein unternehmender Filmregisseur auf diesen naheliegenden Gedanken kam. Wer sich über Herrn Wauer entrüsten möchte, soll freundlichst zuvor bedenken, daß er im Faust mit anerkennenswertem Scharfsinn einen geradezu hervorragenden Kinostoff entdeckt hat. Man braucht sich nur einen Augenblick in die Dichtung hineinzudenken, um sich in allem Ernst zu wundern, daß sie nicht längst schon im Film ein verständnisvolles Publikum entzückte. Die Aesthetik des Kinos verlangt immer nach dem Schrankenlosen, um für die technischen Wunder der Zauberlaterne über unbegrenzte Möglichkeiten zu verfügen. Der Faust aber ist schrankenlos und setzt alle Kräfte der oberen und unteren Welt in Bewegung. Engel, Menschen und Dämonen können auf das Kinopublikum losgelassen werden, um in ihren Seelen ein künstlerisches Wunder zu verrichten. Herr Wauer braucht sich dabei gar nicht zu schämen. Er tut schließlich das, was sein Kollege Goethe vor ihm getan hat.

Nun höre ich zwar die knarrende Stimme eines mißvergnügten Kinoästhetikers also sprechen: „Alles ganz gut und schön. Es wird in dem Stück aber zu wenig gemordet. Nach dem Zeugnis eines Fachmanns muß von unsern Plakaten das rote Blut in dicken Strömen fließen. Blut, mein Verehrtester! Blut und noch einmal Blut. Der Mord ist die eigentliche Grundlage unserer Kunst." Ja, ganz von der Hand weisen kann man den Vorwurf leider nicht. Um Goethe zu retten, muß man immer wieder betonen, daß er vollkommen im Bann der sogenannten klassischen Aesthetik stand und das Kino einfach nicht kannte. Hätte er es erlebt, hätte er mit seiner Phantasie sicher auch das anspruchsvolle Publikum der Kaschemme zufriedenstellen können. Für seine altfränkischen Verhältnisse hat er die Sache immerhin geschickt genug gedeichselt. Schließlich wird Valentin auf offener Szene erstochen, und wenn man uns mit allerdings notwendigem Realismus zeigt, wie Gretchen ihr Kind umbringt, wird man sich auch in diesem Punkt über eine absolute Leere der Dichtung nicht beklagen können. Immerhin: Herr William Wauer wird sich überlegen müssen, ob sich nicht mit seiner schonenden Hand der eine oder andere Mord in den Gang der Handlung hineinbringen läßt. Die Kühnheit seiner Idee läßt ihn durchaus als einen Mann erscheinen, der auch einen widerstrebenden Stoff zu überwinden weiß.

. . . Es wird dem weitausgreifenden Plan des Herrn Wauer gegenüber schwerlich an Philistern fehlen, die von einer Versündigung an Goethe usw. reden. Ihre Gründe sind so herzlich banal, daß man sie schon kennt, bevor sie auch nur den Mund aufgetan haben. Sie werden sagen, daß Philosophie und Poesie der Dichtung verloren gegangen seien. Sie werden den Mord an all den schönen Versen beklagen, ohne zu bedenken, daß dieser Mord — wie jeder andere — zum Metier des Kinos gehört. Ja, sie werden sich vielleicht zu der Behauptung versteigen, daß auf diese Weise der Faust zu einem Erzeugnis der Hintertreppenliteratur geworden sei. Es ist indessen zu hoffen, daß Herr Wauer sich durch diesen Schmatz der ewig Unmündigen nicht wird irre machen lassen. Die Aesthetik des Kinos besteht gerade darin, die Kunst von allem Geistigen zu erlösen und sie unerschrocken in derbe stoffliche Wirkungen aufzulösen. Das liegt einfach in der Natur der Sache und nur ein müßiger Kopf vermag über unabänderliche Dinge zu flennen. Dafür wird der Faust von nun an aber auch den gewiß unterstützungsbedürftigen Kinodirektoren unter die Arme greifen und wird seine Strahlen bis in die tiefsten Tiefen unseres Volkes hinabsenden."

Das Wurstwunder.

In unserem Nürnberger Parteiblatte lesen wir folgende ergötzliche Schilderung eines Wurstwunders:

„Gestern bin ich zu einer Wurst gekommen. Seit vierzehn Tagen erlebe ich nun diesen Glücksfall das zweite Mal. Die Frau Metzgermeister hat mir die Wurst fein eingewickelt, wie sich das für eine so kostbare Ware gebührt. Dann habe ich die Wurst in meine Manteltasche gesteckt und bin glücksfeig heimwärts gepilgert.

Können Sie sich in die Stimmung eines Menschen versetzen, der eine Wurst in seiner Tasche hat? O, es ist eine sehr schöne und angenehme Stimmung, vielleicht überhaupt der beste Teil am ganzen Wurstessen. Diese erhebende Stimmung kam zuerst in leichtes Schwanken, als ich daheim die Wurst aus meiner Tasche holte. Mein erster Griff ließ mich fast erschrecken. Hatte man jemand einen feuchten Waschlappen in die Tasche praktiziert? Jedenfalls fühlte sich das Wurstpaket ganz ähnlich an. Barmherziger Himmel, wie sah es aber erst aus? Das schöne, weiße Papier ganz zerweicht, hing die Wurst mit ihren Enden melancholisch herab. Ich eilte mich, sie aus dem Papier zu bringen, indem ich sie auf einen Teller legte.

Es war ein armseliges Stückchen Wurst mit allen Merkmalen der Unterernährung, aber es war doch immerhin Wurst. Wenigstens bildete ich mir das damals noch ein. Weil ich nur ein Schwärmer, meine Frau behauptet sogar ein poetisches Gemüt, bin, setzte ich mich vor meine Wurst hin und sah sie mit verzückten Augen an. Das gab ich aber bald auf. Wie ein scharf gebeizter Rettich ließ die Wurst Wasser und schwamm bald in einem ganzen Weiher dieser nützlichen Flüssigkeit. Ich hätte nicht geglaubt, daß es soviel Wasser auf der Welt gibt. Sollte mir nicht die ganze Freude zu Wasser werden, dann gab es nichts weiter, als möglichst rasch die Wurst zu verzehren, was ich auch gleich tat.

Wir ist dabei die Geschichte von der Hochzeit in Kana eingefallen. Damals wurde Wasser in Wein verwandelt, eine Leistung, vor der ich stets allerhand Achtung empfand. Aber was bedeutet dieses Wunder gegen die Verwandlung einer Wurst in Wasser? Mein Respekt vor dem ehrsamen Fleischergewerbe ist seit gestern noch beträchtlich gewachsen.

Hier ist ein Wunder, glaubet nur . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191611 4-15/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Um die ländliche Fortbildungsschule.

Um die Gültigkeit eines Ortsstatuts über die Errichtung einer ländlichen Fortbildungsschule handelte es sich bei einem Strafverfahren gegen den Mühlenbesitzer Kuhne und den Gutsbesitzer Kluge aus Probsthain. Beide sollten das Ortsstatut über die Errichtung der ländlichen Fortbildungsschule in Probsthain dadurch übertreten haben, daß sie jugendliche fortbildungsschulpflichtige Personen, der eine seinen Sohn, der andere einen jugendlichen Dienstboten, nicht am Unterricht in der Fortbildungsschule hatten teilnehmen lassen.

Die Angeklagten bestritten, strafbar zu sein, und machten geltend, die statutarischen Bestimmungen beziehungsweise die Errichtung der Schule leide an einem Mangel. Zwar sei das Ortsstatut genehmigt, eine von der Gemeindevertretung in dem grundlegenden Beschlusse gestellte Bedingung sei aber nicht erfüllt worden. Die Errichtung der Fortbildungsschule habe nach den Beschlüssen der Gemeindevertretung vom Vorhandensein einer genügenden Schülerzahl abhängig sein sollen, und die Gemeindevertretung habe sich vorbehalten, selber zu beschließen, wann dieser Fall vorliege. Ein solcher Beschluß der Gemeindevertretung sei aber nicht gefaßt worden. Somit habe auch keine Pflicht zum Besuche der ohne jeden Beschluß ins Leben gerufenen Fortbildungsschule bestanden und es könne keine Bestrafung eintreten. Die Strafkammer in Torgau schloß sich der Auffassung der Angeklagten an und sprach sie frei.

Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf die Revision der Staatsanwaltschaft auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es wurde ausgeführt: In seinen Formen entspreche das Ortsstatut den gesetzlichen Vorschriften. Der Einwand der Angeklagten, daß das Ortsstatut nur unter einer Bedingung von der Gemeindevertretung beschlossen sei, daß die Bedingung aber nicht erfüllt worden wäre, könne gegenüber dem Inhalt des Ortsstatuts nicht beachtet werden. Denn in das Ortsstatut sei die Bedingung nicht aufgenommen worden. In einem solchen Falle sei das Gericht nicht befugt, nachzuprüfen, ob eine solche Bedingung wirklich bestanden habe und ob sie demnächst in Erfüllung gegangen sei. Für das Gericht komme es lediglich auf den Wortlaut des Ortsstatuts an, und nach diesem Wortlaut spreche es von keiner Bedingung. Da das Ortsstatut auch ordnungsmäßig bekanntgemacht sei, und ebenso auch der Schulbeginn und der Schulplan, so sei die Schule in gesetzmäßiger Weise ins Leben getreten und das Ortsrecht gültig und rechtswirksam. Das Landgericht müsse nunmehr in der neuen Verhandlung nur noch die Schuldfrage nachprüfen.

Kein Fortfall sondern Herabsetzung der Druschprämien.

Berlin, 13. November. Die von der Reichsgetreidestelle zurzeit bisher gezahlte Druschprämie von 12 Mk. für die Tonne gilt nur noch für Brotgetreide-Lieferungen bis zum 15 November 1916 einschließlich Für Lieferungen nach diesem Tage bis einschließlich 15. Dezember 1916 wird noch eine Druschprämie von 10 Mk. für die Tonne gewährt werden. Für Brotgetreide, das nach dem 15. Dezember d. J. abgeliefert wird, darf nach dem Gesetz eine Druschprämie nicht mehr gezahlt werden. Es liegt daher im Interesse der Landwirte, die Ablieferung nach Kräften zu beschleunigen und möglichst viel Brotgetreide bis 15. Dezember abzuliefern.

Delitzsch. Auszahlung der staatlichen Unterstützungen. Die Familienunterstützungen für die zweite Hälfte des Monats November werden von unserer Stadthauptkasse am Mittwoch, den 15. November, von 8 bis 1 Uhr vormittags, an die Inhaber der Erkennungskarten Nr. 1 bis 650, am Donnerstag, den 16. November, von 8 bis 1 Uhr vormittags, an die Inhaber der Erkennungskarten Nr. 651 bis 1250 und folgende ausgezahlt.

Eilenburg. Ein Großfeuer brach heute vormittag gegen 9 Uhr in der Bemmschen Tischlerei in der Röberstraße aus. Der Brand war im Feuerungsraume der Zentralheizung entstanden, wo er zunächst noch vom Werkstattpersonal zu unterdrücken versucht wurde. Das Feuer schlug jedoch durch den Heizungsschacht in die oberen Stockwerke empor und setzte diese in Brand. Das Dachgeschoß, das mit bedeutenden Holzvorräten angefüllt war, stand sofort in hellen Flammen. Der einstürzende Dachstuhl durchschlug die Decke des oberen Stockwerks, wodurch die im ersten Stock aufgestellten beträchtlichen Bestände an fertigen Möbeln ebenfalls in Brand gerieten. Die im Kellergeschoß lagernden Vorräte an Fournieren, Leim und dgl. sind zwar von den Flammen verschont geblieben, dürften jedoch durch die umgebenen Wassermengen, mit denen man die Glut zu zwingen suchte, ebenfalls gänzlich unbrauchbar geworden sein. — Infolge des günstigen Umstandes fast völliger Windstille konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden, anderenfalls wäre ein dicht bebauter Häuserkomplex gefährdet gewesen. Das ganze massive Seitengebäude, in dem die Tischlerei untergebracht war, ist bis auf das erste Stockwerk und die Umfassungsmauern ab- und ausgebrannt. Für annähernd 80 000 Mk. an Holzvorräten und Fabrikaten ist ein Raub der Flammen geworden! — Die Rauchentwicklung war so stark, daß aus der ganzen Umgebung das Kleinvieh, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Geflügel, in Sicherheit gebracht werden mußte. Mehreren auswärtigen Lehrlingen sind in dem Schadenfeuer auch die Betten und sämtliche Kleidungsstücke verbrannt. Dem Inhaber des Geschäfts, der in der hiesigen Garnison zum Heeresdienst eingezogen ist, ist der erhebliche Schaden durch Versicherung gedeckt.

— Familienunterstützung. Die Familienunterstützungen für die zweite Hälfte des Monats November 1916 werden gezahlt am Mittwoch, den 15. November, für Nr. 1 bis 750, Donnerstag, den 16. November, 751 bis 1500 und Freitag, den 17. November, 1501 bis 1951.

Eisleben. Die Einstellung des elektrischen Bahnbetriebes Plan—Bahnhof ist Gegenstand eines Schriftwechsels zwischen Magistrat und der Aufsichtsbehörde gewesen. Der Magistrat hat sich Anfang Juli unmittelbar nach Eingang der Mitteilung der Kleinbahn-Direktion von der Einstellung des Betriebes auf der genannten Strecke wegen Beschlagnahme des Kupferdrahtes an die zuständige Aufsichtsbehörde gewandt und daraufhin den Bescheid erhalten, daß der Betrieb mit Genehmigung des Regierungspräsidenten eingestellt ist. Auf den Einwand des Magistrats, daß dadurch die Interessen der Stadt schwer geschädigt würden, hat die Kleinbahndirektion geantwortet, daß sie zum ersten Male von dieser Anerkennung des Wertes der Kleinbahn für die Stadt Eisleben höre und sich wundere, daß die Stadt bisher niemals in ihrem Verhalten der Kleinbahndirektion gegenüber davon habe etwas durchblicken lassen. Im übrigen habe die Kleinbahn darauf verwiesen, daß die Reisenden den Weg nach dem Bahnhof erheblich verkürzen könnten, wenn sie die Elektrische bis zur Malzfabrik-Halleteile benutzen und von dort aus zum Bahnhof gehen würden. In der sich anschließenden Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Verweisung des Verkehrs auf den Weg Malzfabrik-Bahnhof wohl nicht ernstgemeint sein könne. Ein Anspruch auf besonderes Wohlwollen der Stadt könne das bisherige Verhalten der Kleinbahndirektion keineswegs begründen. Im übrigen war die Versammlung der Ansicht, daß die Einstellung des Betriebes auf der Strecke Plan—Bahnhof doch wohl in der Hauptsache erfolgt ist, weil die für diese Strecke nur noch zugelassenen kleinen Wagen nicht mehr betriebsfähig sind.

Helbra. Raffinierter Taschendiebstahl. Bei der Brotkartenausgabe ist einer Frau in dem Augenblicke, wo ihr Name aufgerufen wurde und sie die Hand zur Entgegennahme der Karten ausstreckte, das Portemonnaie aus der Tasche gestohlen worden. Da die Frau ihr Geld in der Handtasche geborgen und die Hand darausgehalten hatte, muß es ein Nebenstehender in dem kurzen Augenblick mit einem kühnen Griff an sich genommen haben.

— Soldaten-Selbstmord. In der Scheune der elterlichen Wohnung erhängte sich nachts Johannes Werner. Werner, der auf einige Wochen nach Hause beurlaubt war und der schon einige Male verwundet wurde, sollte wieder zum Militär eintreten. Die bevorstehende abermalige Trennung vom Elternhause scheint der Grund zu der unseligen Tat zu sein.

Wittenberg. In der letzten Kartellsitzung teilte der Vorsitzende mit, daß sich infolge der in der jüngsten Zeit entwickelten Kalamität der Kartoffelbeschaffung und Lieferung der Vorstand veranlaßt gesehen hat, sich im Namen des Gewerkschaftskartells an den hiesigen Landrat zu wenden und um Abhilfe zu ersuchen. Gen Wagner teilt hierzu weiter mit, daß sich die hiesigen Buchdrucker in dieser Angelegenheit bereits an das Generalkommando des 4. Korps gewandt hätten. Man hofft, auf irgendeine Weise zur Abhilfung der Kartoffelkalamität zu gelangen. Weiter ist ein Rundschreiben der Generalkommission eingegangen über die Regelung der Arbeitsnachweisfrage. Hier bestehen zurzeit drei Nachweise. Der der Landwirtschaftskammer, der Bäcker und der Bauarbeiter. Es wurde von einer besonderen Forderung abgesehen, da nach dem Kriege ja doch eine Neuregelung der Arbeitsvermittlung eintreten müsse. Der neugegründete Eisenbahnerverband ersucht um tatkräftige Mithilfe bei der Gewinnung von Mitgliedern. Das wurde zugesagt. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde in Abwesenheit des Kassierers vom zweiten Vorsitzenden vorgetragen. Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 953,86 Mk. Bestand ist 903,24 Mk. Der jetzige Bestand dürfte 1000 Mk. betragen. Die Entlastung wurde erteilt. Ueber die Bibliotheksangelegenheit wird nach Beschluß gefaßt, da die beiden stellvertretenden Bibliothekare ansprlich eine Neuordnung des Katalogs bezw. der Bücher vorgenommen und auch erhebliche Ausgaben gemacht haben, ohne daß der Vorstand davon Kenntnis erhalten hat. Die Bibliothek ist seit 1. Juli geschlossen. Bücher werden nicht mehr ausgegeben. Es folgt ein Antrag, den Mitgliedern des Ausschusses bei der Ortskrankenkasse Auftrag zu geben, für Bezahlung der ersten drei Krankentage in Krankheitsfällen, die über sieben Tage dauern, einzutreten, wenn ein solcher Antrag in der nächsten Sitzung gestellt werden wird. Dieses Vorgehen wurde gutgeheißen. Ein weiterer Antrag, eine Lohn- und Arbeitsstatistik der hiesigen Gewerkschaften während der Kriegszeit vorzunehmen, wurde angenommen. Der Fragebogen wird noch formuliert und der nächsten Sitzung vorgelegt werden — Anwesend waren 14 Delegierte, von den Bauarbeitern 5, den Metallarbeitern 2, den Buchdruckern 2 und je ein Fabrikarbeiter, Steingutarbeiter, Handlungsgehilfen, Zimmerer und Holzarbeiter.

Ahlsdorf. Verhaftet. Unter dem Verdacht, ihr kürzlich geborenes Kind beseitigt zu haben, ist die Kriegerswehefrau H. hierselbst in Untersuchungshaft abgeführt worden. Der Mann der Verhafteten ist seit 1½ Jahren in Gefangenschaft.

Soziales.

Wann erhalten Kriegsbeschädigte die Verstümmelungszulage?

Das Wort Verstümmelungszulage darf nicht irreführen. Nicht jede Verstümmelung gewährt einen Anspruch auf die Zulage. Nach dem Gesetz über die Versorgung der Person der Unterklassen des Reichsheeres usw. vom 31. Mai 1916 § 13 erhalten Unteroffiziere (dazu rechnen auch Feldwebel!) und Gemeine, welche infolge einer Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung eine Hand oder einen Fuß oder die Sprache oder das Gehör auf beiden Seiten verloren haben, außer Rente und Kriegszulage (diese gleich 15 Mk. monatlich nur bei Kriegsdienstbeschädigung) eine Verstümmelungszulage von je 27 Mk. monatlich. Außerdem kann die Verstümmelungszulage bewilligt werden: 1. bei Störungen der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit einer Hand, eines Armes, eines Fußes, eines Beines, wenn die Störung dem Verlust des Gliedes gleichzuachten ist; 2. bei Erblindung eines Auges im Falle nicht völliger Gebrauchsfähigkeit des anderen Auges (die Schfähigkeit des anderen Auges muß um die Hälfte herabgesetzt sein, dies braucht aber nicht auf Dienstbeschädigung zurückzuführen sein); 3. bei schweren Gesundheitsstörungen, wenn sie fremde Pflege und Wartung nötig machen (kann bei schwerem Siechtum bis zum Betrag von 54 Mk. erhöht werden); 4. bei Geisteskrankheiten (zur Deckung der Anstaltskosten gleichfalls Erhöhung bis zum Betrage von 54 Mk. zulässig). Mit vorstehendem sind aber auch die Fälle, in welchen eine Verstümmelungszulage gewährt werden kann, erschöpft. Der Verlust eines Fingers oder einiger Finger ist nicht als Verstümmelung im Sinne des Gesetzes anzusehen.

Allerlei.

Kriegsopfer.

Im Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer finden wir diese Notiz:

„Wir lesen in einem auswärtigen Blatte, der Verleger der Schwiebuser Zeitung habe jüngst bekanntgegeben, daß mit dem Tod eines namhaft gemachten Soldaten nun der fünfte und letzte der aus seiner Druckerei eingezogenen Gehilfen gefallen sei. Sechs wurden in Friedenszeiten überhaupt nur von ihm beschäftigt. Gewisse Leute, für die dieser entsetzliche Krieg mit seiner fürchterlichen Dauer gar nichts zu besagen scheint, sollten an diesem schrecklichen Beispiel einmal eine tüchtige Gewissensschärfung vornehmen."

Reinfall eines schlauen Bauerleins.

Ein Oekonom der Umgebung von Tirschenreuth in Bayern sollte dieser Tage einen Ochsen an die Heeresverwaltung abgeben. Um einen höheren Preis zu erzielen, verabreichte er dem Ochslein vor der Ablieferung nach Tirschenreuth noch eine ausgiebige „Henkersmahlzeit", so daß das Tier immer dicker und dicker wurde und schließlich in kugelrundem Zustande den Reisemarsch antrat. Doch mit des Geschickes Mächten . . . . . Dem Ochsen ging gar bald der Schnaufer aus und er machte alle Mienen, noch auf dem Wege nach Tirschenreuth seinen Geist aufzugeben. Der Schlußeffekt war, daß das Ochslein notgeschlachtet werden mußte, zur großen Freude der Tirschenreuther, die auf unverhoffte Weise wieder einmal zu einem billigen, saftigen Stück Ochsenfleisch kamen.

Erdbeben in Süddeutschland. Wie nachträglich bekannt wird, wurde am Donnerstag früh, wenige Minuten vor 5 Uhr, in der Rauhen Alp, besonders in Ebingen und Tailfingen, ein heftiges Erdbeben gespürt. Rasch aufeinander folgten drei Stöße, von denen der erste am stärksten war. In den Häusern gerieten Gegenstände, besonders Uhren und Bilder, ins Schwanken und die Bewohner wurden aus dem Schlafe geweckt. Schaden wurde nicht angerichtet.

Bootsunglück auf der Lahn. Oberhalb Limburg explodierte auf der Lahn der Motor eines mit 20 Personen besetzten Motorbootes. Zwei Fahrgäste sind verbrannt; sieben wurden schwer verletzt.

Eine ruchlose Grabschändung ist auf dem Friedhof in Wriezen a. O begangen worden. Ein unbekannter Täter drang in das Erbbegräbnis des Oberpfarrers Jung ein, öffnete den Sarg des Sohnes, der als Leutnant gefallen ist, und entwendete dem Toten den Helm, den Degen, die Achselstücke, das Eiserne Kreuz und die beiden Sporen.

Quittung.

Für Parteizwecke gingen ein: Distrikt Dölau erhalten 40,45 Mark, Distrikt Röberß-Hohenthurm-Peißen 17,99 Mk., Distrikt Wettin 26,44 Mk. Das Parteisekretariat.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 15. November: Wechselnde Bewölkung, vorwiegend trocken, kälter.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bod; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Kriegerfrauen

auch solche, welche in letzter Zeit nicht Leser unserer Zeitung waren,

erhalten das Volksblatt 25 % unter dem üblichen Bezugspreise.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 21. Oktober 1916 über die Wintervorsorgung mit Kartoffeln wird folgendes angeordnet:

1. Der Beginn der Wintervorsorgung wird zunächst um eine weitere Woche, bis zum 27. November, hinausgeschoben. Der Verbrauch der in den Haushaltungen, Anstalten, Lazaretten usw. befindlichen Wintervorräte darf vor dem 27. November nicht beginnen; die vorhandenen Vorräte müssen bei denjenigen, welche halbe Wintervorsorgung besitzen, bis zum 18. Februar, bei denjenigen, welche den ganzen Winterbedarf eingedeckt haben, bis zum 13. Mai reichen; dabei ist ein Verbrauch von 1 Pfund für den Kopf und Tag vorgesehen. Auf einen weiteren Bezug von Kartoffeln vor diesen Zeitpunkten ist keinesfalls zu rechnen; die Folgen nicht genügend sparsamen Gebrauchs werden die betreffenden Personen unbedingt tragen müssen.

2. Zur laufenden Versorgung mit Kartoffeln, zunächst in der Woche vom 20. bis 26. November, werden weitere Kartoffelzwischenmarken mit dem Aufdruck D. E. F. in den Brotmarkenausgabestellen von Mittwoch, dem 15. November, an gleichzeitig mit den Brotmarken ausgegeben werden. Diejenigen, welche zum Bezuge der Brotmarken bereits am 13. und 14. November berechtigt waren, erhalten die neue Zwischenmarke D. E. F. am Freitag, dem 24., und am Sonnabend, dem 25. November. Von den drei Abrissen der neuen Kartoffelzwischenmarke gilt zunächst bloß der Abriß D für die Woche vom 20. bis 26. November; es wird später verfügt werden, ob auch die Abrisse E und F für die beiden folgenden Wochen Geltung erhalten

3. Diejenigen Personen, Anstalten usw., welche — außer dem gewöhnlichen Wintervorrat — mit Kartoffeln für die laufenden Tage vor dem 27. November, sei es infolge Einkaufs von Kartoffeln oder infolge von Selbsterzeugung, bereits versehen sind, dürfen die Kartoffelzwischenmarken nicht beziehen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Strafe des Gefängnisses bis zu 6 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mk.; die Schuldigen werden unnachsichtlich zur Anzeige gebracht werden.

4. Gastwirtschafts-Kartoffelkarten dürfen vorläufig nur gegen die Abrisse C und D der Zwischenkarten ausgegeben werden; die Abrisse E und F werden gegen solche Karten nur eingetauscht werden können, falls diese Abrisse Geltung erhalten.

Zur Erläuterung der Verordnung vom 8. November 1916 über den Verbrauch von Kartoffeln in Gastwirtschaften wird hervorgehoben, daß unter „Kartoffelgerichten" jede Speise zu verstehen ist, die entweder nur aus Kartoffeln besteht, oder zu der Kartoffeln, sei es auch nur als Beilage, verwendet werden.

5. Diese Verordnung tritt mit der Bekanntmachung in Wirksamkeit.

Halle, den 14. November 1916. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen Eier wird am Mittwoch den 15. November 1916 in der Talamtschule fortgesetzt.

Als Käufer werden die Inhaber der alten Lebensmittelscheine mit den Nummern 63 001 bis 66 000 zugelassen. Jeder dieser Haushalte erhält ein Ei mehr, als der Zahl der ihm angehörenden Personen entspricht, also Haushalte mit einer Person 2 Eier, mit 2 Personen 3 Eier, mit 3 Personen 4 Eier und so fort.

Der Verkaufspreis beträgt 34 Pfennig für das Stück. Beim Verkauf ist der alte Lebensmittelschein vorzulegen. Das Publikum wird ersucht, abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereit zu halten.

Halle, den 14. November 1916. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch den 15. November, vormittag von 8—12 Uhr und nachmittag von 2—4 Uhr, können diejenigen Personen auf dem städtischen Schlachthof ihre Kartoffeln abholen, deren Bezugsschein in der unteren rechten Ecke mit den Nummern 901—1100 mit Blaustift versehen ist. Die Bezugsscheine sind abzugeben.

Halle, den 14. November 1916. Der Magistrat.

Siegreich brennende **Kriegs-Zigarren** in **Feldpostbriefen** (fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei) empfiehlt in bekannter Güte **J. Sanow** Nachf. (H. Spengler), Geiststrasse 5. †

Thermosflaschen halten heisse Getränke stundenlang heiss. 2856 **Sanitätsflaschen** v. 2.75 M. an. **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90. Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Alle Sorten Felle, Häute, Wolle und Tierhaare kaufen 2313 **Gebr. Danglowitz,** Fischerplan 2.

Großer Transport **Ferkel** steht am Donnerstag, 16. d. M., im „Mansfelderhof" in Halle preiswert zum Verkauf. 2843 **Kohlemann, Hohenthurm.**

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. *777 **Zander,** Gr. Klausstraße 12. Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219161114-15/fragment/page=0006